TRANSFERAGENTUR NRW

Machen

TRANSFERjournal 01|2022

Bereit für Innovationen? Wege von lernenden und co-kreativen Verwaltungen

Von Dr. Rubina Zern-Breuer

Ein Bildungsportal für alle –

Die Städteregion Aachen schreitet mit großen Schritten ins digitale Zeitalter voran

Heute die Segel für morgen setzen...

4 Fragen an Dr. Andrea Ruyter-Petznek

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement

ISA

Lesen Sie mehr unter:
www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de

Editorial

„Machen“ – so lautet der Titel unseres diesjährigen TRANSFERjournals. Hierunter findet man im Duden, dass etwas „in einen bestimmten oder veränderten Zustand gebracht wird“, dass etwas „bewirkt oder hervorgerufen wird“. In der Praxis verbinden viele das Wort „machen“ häufig mit der Aufforderung, gewohnte Strukturen zu verlassen, überhaupt „tätig zu werden“ oder sich für eine der vielen Möglichkeiten zu entscheiden. In einer komplexen Welt steht der Begriff vielleicht auch für den Wunsch nach Vereinfachung.

Wenn wir uns das Wirken der Fachakteur*innen in den Kommunen in den letzten Jahren anschauen, dann wurde hier eine Menge „gemacht“ und geleistet. Die Zuwanderung insbesondere 2015/2016, die Corona-Pandemie und aktuell auch die Folgen des Krieges in der Ukraine – die Arbeit in den Kommunen ist in den vergangenen Jahren durch Krisen in kurzen Abständen, die teils sogar parallel auftraten, geprägt. Und sie trifft dabei auf bestehende Herausforderungen wie Demografie, Fachkräftebedarf, Klimawandel und digitale Transformation. Mit großer Kreativität wurde und wird diesen Themen begegnet und Abläufe und Prinzipien der gemeinsamen Zusammenarbeit verändert, Prozesse neugestaltet und digitale Lösungen ausprobiert. Dies gilt auch für das kommunale Bildungsmanagement, das vorrangig Strukturen, Akteure, Wissen sowie örtliche Rahmenbedingungen für gelingende Bildungsprozesse neu denkt, bündelt und miteinander verbindet. Das „Machen“, und damit die Bewältigungen von vielfältigen Herausforderungen, ist auch zukünftig als „eine kontinuierliche Aufgabe für die Gestaltung von Bildungsprozessen in allen Bildungsbereichen zu verstehen“, wie es im aktuellen Nationalen Bildungsbericht heißt (2022, S. 24) – auf politischer und administrativer Ebene.

Das aktuelle TRANSFERjournal bündelt somit vor dem skizzierten Hintergrund verschiedene Beispiele aus Wissenschaft und Praxis: Innovationen in und mit Verwaltungen sind dabei ebenso im Fokus unserer Ausgabe, wie der Blick auf resiliente Bildungsstrukturen, Wege der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltungen und die digital-analog vernetzte Bildungslandschaft.

Neu an dieser Ausgabe ist, dass einige schriftliche Beiträge erstmalig durch Audiobeiträge, die weitere Perspektiven bieten, ergänzt werden. Achten Sie hierzu auf die im Magazin verteilten QR-Codes.

Viel Spaß beim Lesen und Stöbern. Wir hoffen, Sie finden in diesem Magazin wieder viele Anregungen für Ihre Arbeit.

Dr. Mario Roland
Projektleitung “Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW”

6 Bereit für Innovationen? Wege von lernenden und co-kreativen Verwaltungen

Von Dr. Rubina Zern-Breuer

Um den gegenwärtigen und auch zukünftigen Herausforderungen gesamtgesellschaftlicher Veränderungen zu begegnen, kann die Zusammenarbeit von Verwaltung mit weiteren lokalen Akteur*innen und der Bereitschaft sich auf neue Innovationen einzulassen ein Schritt in die richtige Richtung sein. Dafür bedarf es nicht nur der Lern- und Reflexionsbereitschaft der einzelnen Mitarbeitenden, sondern auch geeigneter Räume, wie beispielsweise sogenannter Innovationslabore. Wie diese zu gestalten sind, zeigt Dr. Rubina Zern-Breuer auf.

24 Ein Monitoring zur Digitalisierung im Schulbereich – Der Kreis Lippe machts vor

Von Dr. Claudia Böhm-Kasper, Bildungsmonitoring Kreis Lippe und Elisabeth Haring, Medienzentrum Kreis Lippe

Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schulschließungen haben die Notwendigkeit von digitaler Ausstattung und digitalen Lernformaten und -konzepten im Bildungsbereich deutlich vor Augen geführt. Bildungsmonitorerin Dr. Claudia Böhm-Kasper und Pädagogin Elisabeth Haring berichten, wie sie im Kreis Lippe ein Monitoring zur Digitalisierung im Schulbereich entwickelt haben.

20 Lesestunde mit Käthe

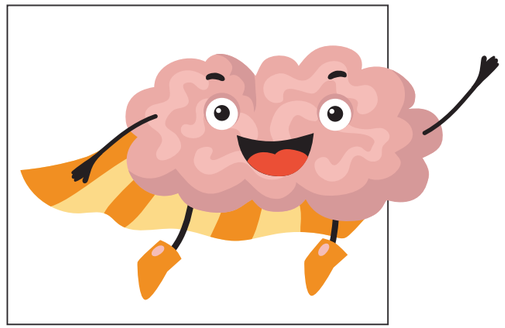
Ein Besuch beim Leseförderhunde-Projekt in der Zeppelin-Grundschule in Mönchengladbach

Sie sind süß und bei den Schüler*innen sehr beliebt: die beiden Leseförderhunde an der Zeppelin-Grundschule in Mönchengladbach. Sie sollen den Kindern dabei helfen, ihre Lesekompetenzen zu fördern und zu verbessern. Denn nicht erst seit Corona ist die Lesekompetenz weiter gesunken. Wie Hunde dabei Helfen können, lesen Sie in der Reportage.

„Unsere Bodenschätze, unser Gold, ist in unseren Köpfen" 32

Interview mit Dr. A. Heinrike Heil, Geschäftsführerin „Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe"

Im Interview mit dem TRANSFERjournal berichtet Dr. A. Heinrike Heil, wie die Stiftung und deren Schwerpunkte – u. a. das Theman Bildung – entstanden sind. Sie betont, wie wichtig für die Region das Potential in den Köpfen der Menschen ist und welche Vorteile es hat, wenn Kommune, Stiftung und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen und gemeinsam nach Lösungen suchen.



12 **„Weiterentwicklung geht eben nur in einem Dialog"**

Ein Besuch in der MitMachStadt Schwerte

16 **„Wir vermuten, dass Resilienz etwas mit Beziehungen zwischen Personen und Dingen zu tun hat"**

Im Gespräch mit Dr. Jörg Kohlscheen

28 **„Wenn das bisher keiner gemacht hat, dann machen wir das jetzt mal."**

Die erste Gemeinwohlökonomie-Kommune Deutschlands steht kurz vor der Re-Bilanzierung

36 **Heute die Segel für morgen setzen...**

4 Fragen an Dr. Andrea Ruyter-Petznek

40 **Ein Bildungsportal für alle –**

Die Städteregion Aachen schreitet mit großen Schritten ins digitale Zeitalter voran

Bereit für Innovationen? Wege von lernenden und co-kreativen Verwaltungen

Von Dr. Rubina Zern-Breuer

Die Frage nach der Umsetzung der digitalen Transformation, dem Umgang mit den spürbaren Folgen des Klimawandels oder mit demografischem Wandel lässt Verwaltungen immer häufiger nach neuen Wegen suchen.

Nicht erst seit den letzten Jahren muss die öffentliche Verwaltung mit einer wachsenden Anzahl an miteinander verbundenen, komplexen Krisen umgehen, welche sowohl die Beschäftigten als auch die Institution als solche vor große Herausforderungen stellen. Die Frage nach der Umsetzung der digitalen Transformation, dem Umgang mit den spürbaren Folgen des Klimawandels oder mit demografischem Wandel lässt Verwaltungen immer häufiger nach neuen Wegen suchen.

Für die gesamte öffentliche Verwaltung, insbesondere aber für die Kommunen, deren Auftrag die öffentlichen Daseinsvorsorge ist und die mit den Auswirkungen sehr direkt umgehen müssen, geht es dabei nicht nur um die Frage, wie sie besser auf komplexe Ereignisse und Prozesse reagieren können, sondern vor allem auch darum, wie sie sich aufstellen können, um vorausschauend zu handeln und dem Leitbild einer **lernenden, reflexiven Organisation** (vgl. Senge 1990) nahezukommen.

Lernen kann in Bezug auf die öffentliche Verwaltung auf verschiedenen Ebenen verstanden werden: Neben dem **organisationalen Lernen** aus **Erfahrungen** (etwa durch Evaluation oder anhand von Best- Practice-Beispielen) sowie **individuellem Lernen** durch etwa horizonterweiternde, kreative Methoden geht es darum, die richtigen kulturellen Rahmenbedingungen in den Verwaltungen zu schaffen. Das bedeutet etwa, sich durch **Systemdenken** in der jeweiligen Verwaltung auf ganzheitliche Perspektiven und Wechselwirkungen zu konzentrieren, anstatt nur Ausschnitte eines Prozesses zu betrachten und nach Fehlern zu suchen, sowie eine **lernförderliche (und damit experimentierfreundliche)** Umgebung zu schaffen, in der die Mitarbeitenden motiviert sind, Neues auszuprobieren. Nicht zuletzt sollte auch in einem **Netzwerk** mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und weiteren (lokalen) Akteur*innen der permanente Austausch gesucht werden, um **gegenseitig** voneinander zu lernen und **Vertrauen** zu schaffen.

Seit einiger Zeit ist in diesem Kontext der Begriff der **„Innovation“** auch in zahlreichen deutschen Verwaltungen eingezogen.* Ursprünglich durch den Ökonom Joseph Schumpeter geprägt und verstanden als gezielter Veränderungsprozess, aus

*Dazu muss man festhalten, dass Innovation ein diffuser Begriff ist und oftmals synonym mit Verwaltungsreform, was inkrementelle Veränderungen im bestehenden System meint, und Transformation, was Umformung von Gesellschaft und Staat im Sinne einer Nachhaltigkeit adressiert, genutzt wird. Innovation hingegen bedeutet strenggenommen die Einführung disruptiver neuer Ideen (Reichardt 2019). Die Übergänge sind jedoch fließend und vielfach werden auch inkrementelle Prozesse als Innovation bezeichnet. In diesem Sinne kann man auch von verschiedenen Innovations-Arten sprechen – das Observatory of Public Sector Innovation (OPSI) der OECD unterscheidet hier beispielsweise zwischen adaptiven, optimierenden, normativen und antizipierenden Innovationen (OPSI 2018).

dem etwas grundlegend Neues entstehen kann (und etwas Altes abgelöst wird), versprechen innovative Herangehensweisen, effektivere und effizientere Prozesse einzuläuten, Hierarchien durch neue Arbeitsweisen zu reduzieren sowie grundsätzlich, eine neue Arbeitskultur inklusive transparenter Kommunikation und einer höheren Fehlertoleranz zu befördern. Gleichzeitig darf man jedoch nicht vergessen, dass keine Organisation so beständig verschiedenen Reformbemühungen unterlag, wie die öffentliche Verwaltung – es besteht also ein gewisser Respekt davor, wieder einen neuen Ansatz einzuführen.

Innovation kann verschiedene Herausforderungen und Ebenen adressieren: nach innen gerichtet meint der Begriff die Verbesserung, Veränderung oder gar Transformation von Prozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung, während Innovation nach außen sich auf den Kontakt der öffentlichen Verwaltung mit Externen bezieht, etwa Bürger*innen oder der Wirtschaft. Gleichzeitig kann die öffentliche Verwaltung aber auch selbst ein Innovationstreiber sein, indem bspw. durch neue Förderprogramme oder Ausschreibungen Veränderungsprozesse eingeleitet werden.

Angesichts der komplexen Herausforderungen, mit denen Verwaltungen heute konfrontiert sind, genügen die etablierten Instrumente zur Bewältigung der verschiedenen Probleme nicht mehr. Experimentelle Strukturen wie **Innovationslabore und Experimentierräume**, in denen neue Wege in einem geschützten Umfeld erprobt werden, um Veränderungen zu bewirken, werden daher immer wichtiger. Die meisten Labore werden als Mittel zur Innovation, zum internen Wandel und vor allem zur Veränderung der Verwaltungskultur eingerichtet. Auf diese Weise ermöglichen Labore neue Formen der Wissensbildung und der zukunftsorientierten Gestaltung.

*Doch gerade Leitfäden für Bürger*innenbeteiligung bieten eine gute Orientierung, um diese Art von Partizipation zu kultivieren, Bürger*innen zu motivieren, sich in ihrem direkten Umfeld zu engagieren und damit letztendlich Demokratie zu stärken sowie die Gesellschaft insgesamt weniger krisenanfällig zu machen.*

Die neuen Ansätze eint, dass **verschiedene Akteur*innen (aus der Region) an einem Tisch** zusammenkommen, um gemeinsam und co-kreativ Lösungen zu erarbeiten. Dabei unterscheiden sich die Ziele oftmals in ihrer Wirkungsebene: Diese reichen von der Bearbeitung konkreter Wissensmanagement-Fragen und App-Programmierung für Stadtverwaltungen über die Initiierung von Bürger*innenräten bis zu neuen Transformationsstrategien zur Lösung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen.

Bildnachweis: Sterbenk, S.; Marquardt, E. und Zern-Breuer, R.(2022): Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft – ein magisches Dreieck? Ein Gastbeitrag für www.wissenschaftskommunikation.de. [Online: https://www.wissenschaftskommunikation.de/wissenschaft-verwaltung-und-zivilgesellschaft-ein-magisches-dreieck-56331/, zuletzt aufgerufen am 12.8.2022.]

Obwohl sie sich in ihren Zielsetzungen, Anforderungen und Methoden teilweise stark unterscheiden, lässt sich als Gemeinsamkeit festhalten, dass die Labore **Nutzer*innen-Zentrierung** und **Anwendung von Designmethoden** vereinen, die Partizipation und Teilhabe der Zivilgesellschaft fördern. Letzteres wird auf kommunaler Ebene mittlerweile immer öfter konkret eingefordert. Während formelle Beteiligung, etwa bei städtischen Bauvorhaben, gesetzlich vorgeschrieben ist, wird die informelle Beteiligung unterschiedlich eingesetzt. Doch gerade Leitfäden für Bürger*innenbeteiligung bieten eine gute Orientierung, um diese Art von Partizipation zu kultivieren, Bürger*innen zu motivieren, sich in ihrem direkten Umfeld zu engagieren und damit letztendlich Demokratie zu stärken sowie die Gesellschaft insgesamt weniger krisenanfällig zu machen.

In Speyer konnten beispielsweise in einem sektorenübergreifenden Projekt von Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft **(„WAY – We and the city“)**, das vom Stifterverband unterstützt wurde, Leitlinien für die mitgestaltende Bürger*innenbeteiligung in der Stadt Speyer entwickelt werden. Das Projekt WITI, mit ebenfalls an der Universität angesiedeltem Innovationslabor, begleitete das Projekt wissenschaftlich mit sozialwissenschaftlicher Methodik (Publikations- und Materialanalyse, digitale Befragungen sowie qualitative Interviews), dies wurde ergänzt durch entsprechende co-kreative Workshops, sowohl in Präsenz als auch digital.

Zu Beginn des WAY-Pilotprojekts ermittelte das WITI-Team in Workshops mit den Führungskräften der Stadt Speyer das Thema **Bürger*innenbeteiligung als zentrales Handlungsfeld**, denn trotz der bereits durchgeführten Beteiligungsprojekte und den vielen Engagierten in der Stadt gab es keine zentralisierten Strukturen oder Ansprechpersonen seitens der Verwaltung. Daraus entstand die Idee, Leitlinien für Beteiligung in einem gemeinsamen, nutzer*innenorientierten Prozess von Universität und Stadtverwaltung zu entwickeln. Die Nutzer*innenorientierung wurde hier jedoch nicht nur als Co-Kreation mit der Bürgerschaft verstanden – die Leitlinien entstanden auch

Es ist wichtig, seine Erfahrungen zu teilen – sowohl die Erfolge als auch die Fehlschläge –, um dieses Wissen als lernende Organisation für alle verfügbar zu machen.

in Zusammenarbeit mit den Verwaltungsmitarbeitenden, die auf diese Weise ebenfalls zu **Gestalter*innen** wurden.

Die Entwicklung der Leitlinien sollte sowohl der Bürgerschaft als auch der Verwaltung als konkretes Hilfsmittel und Leitfaden dienen. Zentrale Punkte ihrer Entwicklung waren unter anderem sowohl das frühzeitig einsetzende, kontinuierliche, umfassende, transparente und verständliche **Informieren der Bürger*innen** auf verschiedenen digitalen und analogen Kanälen, Regelungen in den Leitlinien zum **Ablauf der Beteiligung** als auch eine **Vorhabenliste** zur transparenten Kommunikation. Zudem wurde der Leitfaden angereichert um **Methodensammlungen und Checklisten** sowie weiterführende Literaturempfehlungen. Als strategisches Ziel wurde die **Schaffung einer Stelle für Beteiligung** innerhalb der Stadtverwaltung inklusive ihrer **Verankerung im Haushaltsplan** 2022 umgesetzt.

Nicht nur die Covid-19-Krise, die das Projekt um mindestens ein Jahr verzögerte, brachte Herausforderungen und ebenso Lerneffekte im Projekt mit sich. Auch sich voneinander unterscheidende Handlungsweisen, Planungshorizonte und Zeitvorgaben zwischen Universität und Verwaltung mussten erst in Einklang gebracht werden. Eine **permanente, transparente und offene Kommunikation** auf Augenhöhe zwischen den Akteur*innen stärkte dabei das gegenseitige Vertrauen (Sterbenk, Marquardt, Zern-Breuer 2022).

Darüber hinaus profitierten alle Seiten von den **Netzwerk-Synergien**, die dieses Projekt freisetzte – im Nachgang schlossen sich weitere Kooperationen mit der Stadt und weiteren Akteur*innen an, die thematisch von medialer Zusammenarbeit, Bearbeitung von Nachhaltigkeitskonzepten über Auswirkungen der Digitalisierung bis hin zu neuen Beteiligungsformen reichten. Auf lange Sicht kann dies die **Strukturen einer Stadtgesellschaft** stärken (Sterbenk, Marquardt, Zern-Breuer 2022).

Dr. Rubina Zern-Breuer

Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, wo sie seit 2018 das Projekt WITI („Wissens- und Ideentransfer für Innovation in der Verwaltung“) koordiniert und das dazugehörige Innovationslabor leitet. Ihr Interesse gilt aktuellen Entwicklungen und Innovationsprozessen an der Schnittstelle von Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie der Anwendung von Kreativ- und Designmethoden. Sie ist diesjähriger Fellow des Thomas Mann House in Pacific Palisades, USA.

Auch Befragungstools können, wenn sie nutzer*innenzentriert angelegt sind und den Befragten gewisse Freiräume zur Reflexion einräumen, eine **evidenzbasierte Wirkung** und auch **Innovation** entfalten. Ein Beispiel ist der „Innovationsrekorder“, ein Befragungstool für Mitarbeitende in der öffentlichen Verwaltung beziehungsweise im öffentlichen Dienst, das von verschiedenen Kooperationspartnern wie Politics for Tomorrow, Fraunhofer Fokus/ÖFIT und WITI/Universität Speyer entwickelt wurde, um die Verwaltung auf dem Weg zu einer lernenden und reflexiven Organisation zu unterstützen, öffentliche Innovationsfähigkeit zu stärken und vernetztes Lernen systematisch zu fördern. Inmitten der Coronakrise wurden diese befragt, um aus ihren Erfahrungen zu lernen. Die Auswertung zeigte, dass viele ihre Erfahrungen und Ideen in Bezug auf Veränderungsbereitschaft und Kulturwandel gerne teilten.

Um eine größere **Wirkung** entfalten zu können, ist es oftmals sinnvoll, Projektergebnisse anschließend zu verbreiten (eine sog. Skalierung), das heißt zu analysieren, welche erfolgreich umgesetzten Prozesse sich auch auf andere Kontexte, also andere Verwaltungen, übertragen lassen würden. Deshalb ist es wichtig, Erfahrungen zu teilen – sowohl die Erfolge als auch die Fehlschläge – , um dieses Wissen als **lernende Organisation** für alle verfügbar zu machen.

Die **lernende Verwaltung** muss dabei sowohl **Stabilitätsanker** als auch **adaptiver Motor für Veränderungen** sein, was nicht immer leicht zu erfüllen ist. Sie beinhaltet sowohl den Mut, Neues auszuprobieren als auch das Erfahrungswissen, was für sie funktioniert – und auch, was nicht.

Weitere Informationen

- Das Projekt WITI (Wissens- und Ideentransfer für Innovation in der Verwaltung) an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften wird im Rahmen des Bund-Länderprogramms „Innovative Hochschule“ durch BMBF und GWK gefördert und hat sich zur Aufgabe gesetzt, Verwaltungen bei aktuellen Herausforderungen wie der Digitalisierung, Partizipation, aber auch bei akuten Krisen kreativ und wissenschaftlich fundiert zu unterstützen: www.witi-innovation.de
- Eine Übersicht über die Innovationsszene im deutschsprachigen Raum hat das Projekt WITI im „Atlas der Innovation“ zusammengefasst: www.witi-innovation.de/atlas-der-innovation
- Innovationsrekorder: www.innovationskompass.net
- Auswertung der Befragung mit dem Innovationsrekorder: www.oeffentliche-it.de/-/bereit-zur-transformation

„Weiterentwicklung geht eben nur in einem Dialog“

Ein Besuch in der MitMachStadt Schwerte

Von Saskia van den Berg

„Ich wünsche mir, dass die Stadt hinguckt, wie langfristige Planungen gelingen können, um gemeinsam mit den Bürger*innen die Stadt zu gestalten,“ das ist Sabine Miehe für die Zukunft wichtig. Sie ist eine der zahlreichen ehrenamtlich Engagierten in Schwerte und möchte die Stadt mitgestalten. Miehe ist deshalb nicht nur bei „SCHWERTE PFLANZT“ aktiv, sondern auch im MitMachGremium der knapp 50.000 Einwohner-Stadt im Kreis Unna. Und damit dieser Wunsch in Erfüllung geht, stellt sich ein engagiertes Team um Anke Skupin und Christopher Wartenberg den vielfältigen Herausforderungen, um in Schwerte noch viel mehr Menschen für das Mitmachen und Mitgestalten zu begeistern. Seit 2019 ist aus Schwerte durch die Förderung aus dem Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ und einem einstimmigen Ratsbeschluss eine MitMachStadt geworden: Denn Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiges Element der Demokratie. Es sichert Freiheit, erhöht die Lebensqualität vor Ort und fördert die Gemeinschaft. Das Programm „Engagierte Stadt“ unterstützt den Aufbau bleibender Engagementlandschaften in Kommunen und fördert damit Kooperationen statt einzelner Projekte.

> *„Städte können nur gemeinsam mit den Bürger*innen gestaltet werden.“*
>
> Anke Skupin

Skupin ist überzeugt: „Städte können nur gemeinsam mit den Bürger*innen gestaltet werden.“ Sie ist bereits seit 1999 bei der Stadt angestellt und hat auch das erste Netzwerk KuBiB (Kultur-Bildung-Bürgerengagement) mitinitiiert. Beim Start mit dabei ist auch Jochen Born, der bis vor vier Jahren die städtische VHS geleitet hat. Die drei sitzen Anfang Mai gemeinsam an einem runden Tisch im zentral am Marktplatz gelegenen MitMachBüro und berichten begeistert von den Entwicklungen der Bürger*innenbeteiligungsprozesse. Denn mittlerweile ist aus ersten Ideen – dank der mehrjährigen Finanzierung aus dem Fördertopf der „Engagierten Stadt“ – ein etabliertes Netzwerk entstanden.

Zentral für das Projekt ist das vier Mal im Jahr tagende MitMachGremium. Hier sitzt die Vielfalt der Stadt zusammen: Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Initiativen, Vereinen, der Wirtschaft, dem Kinder- und Jugendparlament, vier zufällig ausgewählte Bürger*innen sowie der Bürgermeister Dimitrios Axourgos der Stadt Schwerte. Durch die bunte Mischung ist „das Gremium sehr lebendig“, beschreibt Anke Skupin die Zusammensetzung. Gemeinsam planen und

SCAN ME

Lesen Sie hier auch den Artikel von Prof. Dr. Nina Kolleck *„Soziale Netzwerkanalysen und ihr Mehrwert für das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement (DKBM)“.*

entscheiden sie die nächsten anstehenden Schritte und prüfen die Umsetzung der Leitlinien. Bis es zur Etablierung dieses wichtigen Gremiums kommen konnte, war es durchaus manchmal ein steiniger Weg.

Erst nach vier Jahren und nach dem jährlichen Besuch aller Ratsfraktionen gab es 2019 den einstimmigen Beschluss der partizipativ entwickelten Leitlinien. Die Leitlinien sind das Herzstück des ganzen Projektes. Denn in ihnen stehen die gemeinsam entwickelten Ziele und Visionen. An ihnen müssen sich alle Maßnahmen messen lassen. 2020 öffnete dann endlich das MitMachBüro als zentrale Anlaufstelle für alle Menschen der Stadt. Direkt am Marktplatz gelegen lädt es ein, sich über das Projekt zu informieren oder auch eigene Ideen mitzubringen. Damit Bürger*innen ihre Anregungen ganz einfach und direkt einbringen können, startete 2021 das MitMachPortal. Nach einer Anmeldung auf der Homepage, können alle ihre Ideen der Öffentlichkeit präsentieren und darüber abstimmen lassen. Erhält eine Idee mehr als 100 Stimmen, müssen sich die entsprechenden Fachausschüsse damit beschäftigen und die Anregung prüfen.

Für den Austausch und die Vernetzung gibt es im jährlichen Wechsel eine Vernetzungskonferenz und eine -werkstatt, zu der die Initiativen und Vereine der Stadt eingeladen werden, an der aber auch alle Einwohner*innen teilnehmen können. Sie bietet damit ein Forum, sich auszutauschen und gemeinsam kreativ zu sein. Anke Skupin und ihr Kollege Christopher Wartenberg sind mit viel Energie und Engagement dabei und haben bereits einiges auf den Weg gebracht. Aber natürlich gibt es immer noch einiges zu tun, um das Netzwerk weiterauszubauen und die MitMachStadt weiterzuentwickeln.

Ein wichtiges und immer wiederkehrendes Thema ist dabei, wie es gelingen kann, die Idee der MitMachStadt in die Öffentlichkeit zu tragen. Denn auch wenn im MitMachGremium bereits zahlreiche unterschiedliche Interessen und Perspektiven vertreten sind, kennen noch längst nicht genügend Bürger*innen die tolle Arbeit des Teams. Etwa 500 Menschen haben sich bisher beim MitmachPortal angemeldet und es sollen noch viel mehr werden. Bei einer Stadt mit knapp 50.000 Einwohnern ist da noch ein bisschen Luft nach oben.

Damit mehr Menschen die Chance auf Beteiligung und damit Veränderungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld wahrnehmen, gibt es bereits einige Ideen aus dem MitMachGremium wie beispielsweise weitere Multiplikator*innen einzubinden und für die Kommunikation möglichst viele Kanäle zu nutzen. Diese sollen nun weiterentwickelt und dann in die Tat umgesetzt werden.

„Bei der Bürgerbeteiligung muss man ganz früh ansetzen.“

Sabine Miehe

„Bei der Bürgerbeteiligung muss man ganz früh ansetzen“, ist Miehe überzeugt. Ein wichtiges Anliegen ist deshalb auch die Demokratieförderung der Jüngsten. Denn nur wer demokratische Beteiligungsprozesse auch kennt, traut sich, diese auch zu nutzen. So gibt es das Projekt „Schüler*innen Haushalt“ an den Schwerter Grundschulen, um möglichst früh demokratische Verfahren kennenzulernen. Die Kinder erhalten einen Betrag von 1000 €, über dessen Verwendung

sie in einer Abstimmung selbst entscheiden können. Die Kinder organsieren dabei alles selbst: von einem „Wahlkampf“ mit Vorstellung der Ideen bis hin zu der Organisation einer demokratischen Wahl mit anschließender Auszählung. Am Mittag verkündet dann der Bürgermeister in der Schule das offizielle Wahlergebnisse. Das Projekt weckt nicht nur bei den Kindern Begeisterung.

All diese Beispiele zeigen, dass Bürger*innenbeteiligung kein Selbstläufer ist, sondern viel Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit sowohl bei den Bürger*innen als auch in der Politik benötigt. Die persönliche Ansprache ist dafür ein wichtiges Instrument. „Bürger*innen müssen abgeholt und begeistert werden“, so Skupin. „Nur so kann man auch unterrepräsentierte Gruppen erreichen“. Dranbleiben ist deshalb die Devise. Nur wenn Menschen die Gelegenheit haben, miteinander ins Gespräch zu kommen, könne eine Spaltung der Gesellschaft verhindert werden. Darin sind sich die drei Gesprächspartner einig. „Weiterentwicklung geht eben nur in einem Dialog“, so Jochen Born. Und daran werden die Engagierten in der MitMachStadt Schwerte auch zukünftig mit Kreativität und der nötigen Hartnäckigkeit arbeiten.

Die MitMachStadt Schwerte

Die Stadt Schwerte hat knapp 50.000 Einwohner*innen und liegt im Ruhrgebiet im Kreis Unna. Sie beteiligt sich seit 2015 an dem Programm „Engagierte Stadt“, das Menschen und Organisationen vor Ort auf ihrem gemeinsamen Weg zu starken Verantwortungsgemeinschaften begleitet. Viermal im Jahr tagt das MitMachGremium mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Akteur*innen. Sie beratschlagen gemeinsam über Ideen und haben ein Auge auf die Beachtung der 2019 verabschiedeten Leitlinien. Zentrale Anlaufstelle ist das MitMachBüro am Marktplatz in Schwerte. Dort trifft man sich zum Austausch oder auch um neue Ideen einzubringen. Besetzt ist das Büro mit Anke Skupin und Christopher Wartenberg.

Sie wollen mehr erfahren: https://mitmachstadt.schwerte.de

Das Programm „Engagierte Stadt“

Das Programm startete 2015 bundesweit in 50 Städten und Gemeinden mit einer Einwohner*innenzahl von 10.000 bis 100.000. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, von der Bertelsmann Stiftung, von der Breuninger Stiftung, vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, von der Joachim Herz Stiftung, von der Körber-Stiftung sowie von der Robert Bosch Stiftung. Es stehen dabei nicht konkrete Projekte, sondern die Förderung von lokalen Akteur*innen im Fokus.

Sie wollen mitmachen oder mehr erfahren:
www.engagiertestadt.de

„Wir vermuten, dass Resilienz etwas mit Beziehungen zwischen Personen und Dingen zu tun hat"

Im Gespräch mit Dr. Jörg Kohlscheen

Obwohl Bildungswesen und Unterstützungsarrangements gut ausgebaut sind, hängt der Bildungserfolg weiterhin stark von den sozialstrukturellen Merkmalen der Familie ab. Das Verbundprojekt „Konstellationen der Resilienz von Kindern (KoReKI)" erforscht an Fragestellungen wie ein Abbau von Bildungsbarrieren gelingen kann. Im Rahmen des Projekts stellt sich die Frage, welche Konstellationen dazu führen, dass ein Kind resilient ist – es sich also besser entwickelt, als es die Entwicklungsbedingungen erwarten ließen. Im Projekt sollen Kontextbedingungen, soziale Beziehungsweisen und individuelle Dispositionen miteinbezogen und in ihren Wechselwirkungen betrachtet werden. KoReKI ist ein qualitatives Forschungsprojekt der TH Köln und dem Institut für soziale Arbeit e. V. in Münster und wird im Rahmen der Förderrichtlinie „Abbau von Bildungsbarrieren: Lernumwelten, Bildungserfolg und soziale Teilhabe" vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmenprogramm empirische Bildungsforschung unter dem Förderkennzeichen 01JB2111A+B für drei Jahre gefördert.

1. Was verstehen Sie unter Resilienz und welche Ziele verfolgen Sie mit dem Forschungsvorhaben?

Der Resilienzbegriff hat im Bereich der Armutsforschung zunächst eine stark von der quantitativen Forschung geprägte Geschichte. Im quantitativen Paradigma werden diejenigen Fälle als resilient bezeichnet, die als Ausreißer bestimmte Erwartungswerte nicht erfüllen und sich stattdessen überdurchschnittlich entwickeln. Im Rahmen statistischer Forschung finden sich auch recht konstant Hinweise darauf, welche Faktoren dafür verantwortlich sind. Zum Beispiel prägende Personen, wie etwa Lehrer*innen oder andere Verwandte, die sich um bestimmte Kinder kümmern.

Wir betrachten unter dem Stichwort Resilienz gelingendes Aufwachsen unter widrigen Bedingungen. Interessant dabei ist, dass wir alle ein Gespür dafür haben, dass gelingendes Aufwachsen unter widrigen Bedingungen etwas anders bedeutet als unter wohl behüteten Bedingungen. Hier haben wir es bereits mit einer Konstellation zu tun.

Die Widrigkeiten, mit denen wir im Forschungsprozess konfrontiert werden, sind gravierend: Wir haben zurzeit erste Gruppendiskussionen mit Lehrer*innen geführt, die noch nicht vollständig ausgewertet wurden, aber ich kann bereits jetzt schon sagen, dass wir es beispielsweise mit Kindern mit Kriegs- und Fluchterfahrung zu tun haben, denen auch gegenwärtig noch viel zugemutet wird. Diese Kinder nehmen oft die Rolle der Übersetzer*innen in der Familie ein und organisieren teilweise den Familienalltag mit. Hinzu kommen beengte Wohnverhältnisse, Schlafmangel und die Angst vor Abschiebung. Unter solchen Bedingungen verschieben sich die Maßstäbe und Anforderungen, auch an Schule selbst. Letztlich geht es uns darum, den Fokus auf die Frage zu lenken, was können wir als Gesellschaft tun bzw. welche Konstellationen braucht es, damit von gelingendem Aufwachsen gesprochen werden kann.

2. Wie kann auch in qualitativen Forschungsprojekten Resilienz als Analysebegriff und -instrument genutzt werden?

Unser Forschungsprojekt hat große explorative Anteile. Der Konstellationenbegriff gibt dabei die Richtung vor, muss aber selbst noch gehärtet werden. Wir suchen erst einmal nicht notwendigerweise nach weiteren Schutzfaktoren, wie wir sie aus der quantitativen Forschung kennen und mit denen sich Resilienz sozialtechnologisch herstellen lässt. Sondern wir vermuten, dass Resilienz etwas mit Beziehungen zwischen Personen und Dingen zu tun hat, in dessen Rahmen Übersetzungen wirksam werden. Um ein Beispiel zu nennen: Aus der

Psychologie kennen wir das Phänomen der Dissonanzreduktion. Darunter versteht man das Anpassen des eigenen Normhorizonts an eine Umwelt, von der man ausgeht, dass sie selbst nicht geändert werden kann. Gibt es beispielsweise viele Anzeichen von Verwahrlosung in meiner Wohngegend, kann ich mich entweder aufregen oder die Anzeichen „übersehen“. Resilienz kann in diese Richtung weisen: Zum Beispiel als Fähigkeit, bestimmte Widrigkeiten stummzuschalten.

3. Wo liegen die Grenzen des Resilienzbegriffs in Bezug auf die Teilhabe von in Armut aufwachsenden Kindern innerhalb des Bildungssystems?

Auch wenn wir mit dem Konstellationenbegriff dagegenhalten wollen, besitzt der Resilienzbegriff ein gewisses Entpolitisierungspotential. Geht es beim Thema Prävention darum, Ungewünschtes zu vermeiden, wird dieser Anspruch bei Resilienz fallen gelassen. Das Kind liegt schon im Brunnen und es geht dann um Bewältigungsstrategien. Auch wenn in der Wissenschaft darauf bestanden wird, dass Resilienz nicht zur Individualisierung von Problemlagen führen darf, besteht die Gefahr durchaus, Einzelnen die Verantwortung für die Überwindung der entsprechenden Widrigkeiten zuzuschreiben. So nach der Façon: Was andere können, solltest du doch auch schaffen. Übersehen werden dabei aber systemische Grenzen. Am Ende der Schullaufbahn steht ein Ordinationsakt, wie Bourdieu es nennt. Vielleicht ist es in Deutschland nicht ganz so ausgeprägt wie in Frankreich der 80er Jahre, aber am Ende der Schullaufbahn stehen ordinalskalierte Abschlüsse (kein qualifizierter Schulabschluss bis zur allgemeinen Hochschulreife), die die weiteren Lebenschancen beeinflussen. Und nicht nur das: Das Bildungswesen reproduziert soziale Ungleichheit eher, als dass es diese nivelliert. Das liegt daran, dass Schule das zentrale Allokationsprinzip von Leistung reproduziert, und das auf eine Art und Weise, die diejenigen, die über Ressourcen verfügen, bevorteilt. Schlimmer noch: Bereits aus der ersten Pisa-Studie aus dem Jahr 2000 weiß man, dass Schüler*innen mit niedrigem sozialem Rang mehr leisten müssen, um die gleichen Noten wie ihre Mitschüler*innen zu erhalten, die aus höheren sozialen Rängen stammen. Auch wenn dieses System der Reproduktion sozialer Ungleichheit eher an feudale Verhältnisse erinnert, sehe ich eher eine Verschärfung des Problems, das auch mit Themen wie Schulsegregation zusammenhängt, als eine Lösung. Trotzdem muss unsere Hoffnung immer sein, dass lokale Veränderungen möglich sind, um so den Möglichkeitsraum zu erweitern. Es mag also strukturelle Grenzen geben, aber wir wissen im Vorhinein nicht, wo diese liegen. Und es ist ebenso wichtig den Möglichkeitsraum für einzelne Kinder zu erweitern.

4. Wie wollen Sie den Ergebnistransfer gestalten?

Wir planen, Workshops mit den Befragten durchzuführen, um die Ergebnisse zu spiegeln, aber auch, um zusammen mit diesen Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die Perspektive der Beforschten soll also in den Prozess einbezogen werden. Das ist für Handlungsempfehlungen sehr wichtig. Wir als Wissenschaftler*innen können und dürfen um die Ecke denken. Das muss aber nicht notwendig praxistauglich sein und es ist immer günstig, wenn Handlungsempfehlungen nicht nur am Schreibtisch entstehen, sondern auch in der Praxis gelebt werden.

Das Gespräch führte Helena Baldina, Transferagentur NRW

Dr. Jörg Kohlscheen

Dr. Jörg Kohlscheen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziale Arbeit e. V. in Münster und forscht derzeit im Verbundprojekt „Konstellationen der Resilienz von Kindern (KoReKI)“ an Fragestellungen zum Abbau von Bildungsbarrieren.

Ellen Lenzkes, Käthe und Yagmur. Zusammen macht Lesen noch viel mehr Spaß

Lesestunde mit Käthe

Ein Besuch beim Leseförderhunde-Projekt in der Zeppelin-Grundschule in Mönchengladbach

Von Saskia van den Berg

Nur noch drei Tage, dann starten endlich die heiß ersehnten Sommerferien. Doch Yagmur ist auch ein bisschen traurig. Denn lange sechs Wochen wird sie Käthe nicht mehr sehen können. Schwarz, wuschelig und sooo süüüß: das ist Käthe. Der kleine Malteser-Havalonka-Mix ist ein Teil des Hundeduos von Ellen Lenzkes und der Star der Zeppelin-Grundschule in Mönchengladbach. Lotta, der Labrador-Bordercollie-Mix, ist sonst auch mit dabei, hat sich aber an der Pfote verletzt und muss pausieren. Die beiden Hunde sind etwas ganz Besonderes. Sie sind Leseförderhunde und besuchen einmal in der Woche die Grundschule im Stadtbezirk Lürrip.

Es ist kurz nach 11 Uhr. Zielstrebig läuft die kleine Mischlingshundedame zusammen mit Ellen Lenzkes auf das Klassenzimmer der 3b zu. Yagmurs Augen strahlen als Käthe den Raum betritt und sie zum Lesen abholt. Liebevoll wird sie zur Begrüßung erstmal ein wenig geknuddelt. „Die ist so weich“, freut sich die Drittklässlerin. Dann geht’s mit Käthe an der Leine sichtlich stolz in den Leseraum. Yagmur ist 9 Jahre alt, hat lange dunkle Haare und an diesem Tag ein mintfarbenes T-Shirt an. Sie liebt Harry Potter und Hunde. Und ihre Lieblingsfächer sind Sport, Englisch und Deutsch. Aber mit dem Lesen hapert es noch ein wenig. Das soll ihr durch den Besuch der Leseförderhunde aber zukünftig leichter fallen. Yagmur ist eines von etwa 30 Kindern, das am Leseförderhunde-Projekt teilnimmt. Das Projekt soll die Lesekompetenzen, die seit Corona weiter spürbar abgenommen haben, fördern.

„Wir sind durch Schilderungen von Schulleitungen und Studienergebnisse auf das Problem aufmerksam geworden. Dagegen wollten wir unbedingt etwas tun, denn die Lesekompetenz ist für die gesamte weitere formale Bildung von immenser Bedeutung, in allen Bereichen.“

Hannah Wehrmann

Das Projekt Leseförderhunde in Mönchengladbach

- Das Projekt ist eins von vielen Beispielen, wie ein kommunales Bildungsmanagement zur konkreten Umsetzung von mehr Bildungsgerechtigkeit in Kommunen genutzt werden kann.
- Es ist 2022 mit fünf Mensch-Hunde-Teams vor den Sommerferien gestartet.
- Momentan nehmen fünf Grundschulen und etwa 30 Kinder daran teil.
- Hund und Mensch müssen vorab eine Ausbildung absolvieren, die aus fünf Modulen mit insgesamt 50 Stunden in Präsenz besteht. Dazu kommt das Selbststudium mit etwa 32 Stunden sowie eine Abschlussprüfung.
- Das Projekt läuft noch bis Ende des Jahres. Eine Weiterfinanzierung wird aber angestrebt.

Weitere Informationen zu den Leseförderhunden und zur Ausbildung: www.nettehunde-mg.de

„Wir sind durch Schilderungen von Schulleitungen und Studienergebnisse auf das Problem aufmerksam geworden“, berichtet Hannah Wehrmann, Leiterin (in Vertretung) des Bildungsbüros in Mönchengladbach. „Dagegen wollten wir unbedingt etwas tun, denn die Lesekompetenz ist für die gesamte weitere formale Bildung von immenser Bedeutung, in allen Bereichen.“ Diese Einschätzung wird auch durch die Forschung bestätigt. Das Institut für Schulentwicklungsforschung hat die Lesekompetenz von Viertklässler*innen in Deutschland der Jahre 2016 und 2021 verglichen und kommt zu dem Ergebnis, dass es einen Rückstand von ungefähr einem halben Lernjahr gibt und die Lesekompetenzen der Schüler*innen 2021 damit signifikant geringer als 2016 sind.*

Und wie es der Zufall manchmal so will, erzählte in der Zeit der ersten Überlegungen Bildungsmonitorerin Katja Meyer-Wegner von der Mutter einer Freundin, die in einer estländischen Stadtbibliothek hundegestützte Leseförderung anbietet. So wurde die Idee der „Leseförderhunde“ geboren und gemeinsam mit der NeTTeHundeMG das neue Projekt gestartet. „Wir waren sofort begeistert von der Idee und machen sehr gerne mit“, berichtet Geschäftsführerin Daniela Schramm von NeTTeHundeMG. Finanziert wird das Angebot über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“. Die Bezirksregierung hat dazu schnell ihre Zustimmung signalisiert. Und so konnten die ersten fünf Mensch-Hunde-Teams noch vor den Sommerferien die ersten Grundschulen in Mönchengladbach besuchen. Weitere sechs Teams werden gerade ausgebildet und starten wahrscheinlich ab August. Und die Nachfrage ist groß. Denn nicht nur bei den Kindern

„Sie schaffen es, die Kinder zu motivieren und auch wieder Spaß am Lesen zu haben.“

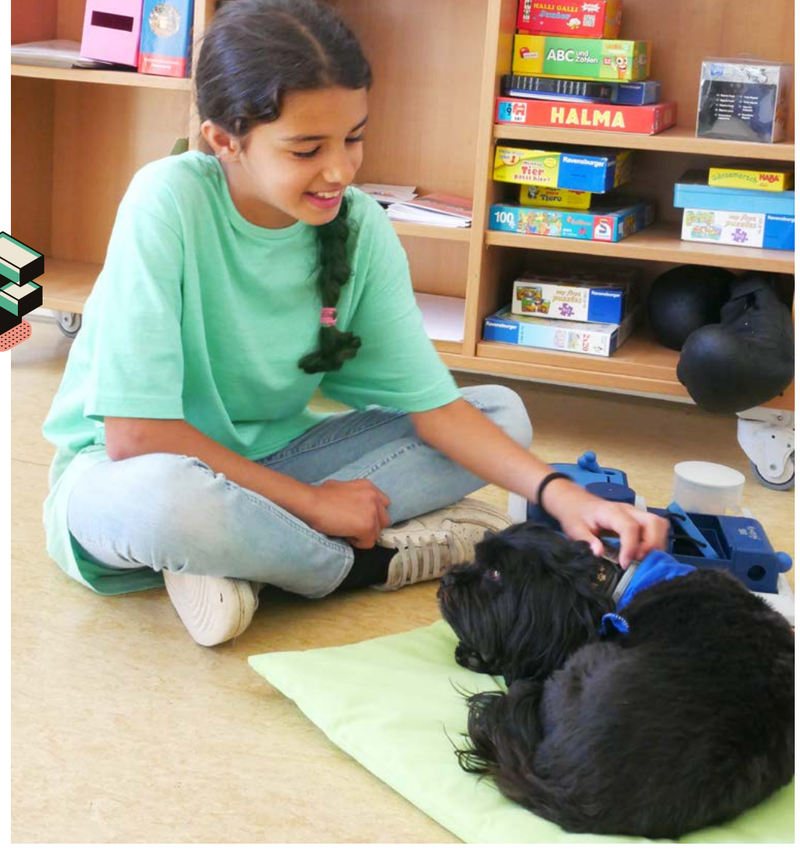
Ellen Lenzkes

kommt der Besuch gut an, auch die Lehrer*innen sind begeistert. „Die kommissarische Schulleiterin der Zeppelin-Grundschule Nicole Wolters war sehr angetan von der Idee und hat uns direkt in ihre Schule eingeladen“, erzählt Lenzkes. Die Kinder werden von den Lehrer*innen ausgesucht und dürfen den Fellnasen 20 Minuten aus ihren Lieblingsbüchern vorlesen.

Inzwischen ist Yagmur mit Käthe im Leseraum angekommen. Zur Einstimmung wird erstmal ein wenig miteinander gespielt. Auf das Zeichen von Yagmur stupst Käthe einen kleinen Würfel an. Die Zahl zeigt, wie viele Leckerchen Yagmur ihr geben darf. Die Regeln im Umgang mit den Hunden haben Ellen Lenzkes und Yagmur bei ihrem ersten Treffen abgesprochen. So zum Beispiel, wie sie die Leckerchen geben möchte. Und auch Käthe hat ihr mit apportierten Herzen und traurigen Smiley gezeigt, was sie gerne mag und was nicht so. „Die Kinder sind sehr einsichtig. Das klappt super“, erzählt Lenzkes von den ersten gemeinsamen Stunden. Nach der Spielzeit liegt Käthe nun friedlich neben Yagmur auf dem Sitzkissen und hört zu.

Yagmur hat sich Harry Potter ausgesucht und schlägt das dicke Buch an der zuletzt gelesenen Seite auf. Langsam beginnt sie zu lesen, zunächst etwas zögerlich, wird es nach ein paar Minuten immer flüssiger. „Mit Käthe geht das Lesen viel leichter“, erzählt die fröhliche Neunjährige. Denn in diesem geschützten Raum wird keiner ungeduldig, wenn es mit dem Lesen mal nicht so flüssig funktioniert oder etwas länger dauert. Käthe hört geduldig zu. Das ist die große Stärke

* Ergebnisse der IFS-Schulpanelstudie unter: https://t1p.de/IFS-Schulpanelstudie



„Mit Käthe geht das Lesen viel leichter.“

Yagmur

der Leseförderhunde. Sie schenken den Kindern Aufmerksamkeit, sind geduldig, motivieren mit ihrem süßen Hundeblick und einem Schwanzwedel und fördern damit das Selbstvertrauen der Kinder. „Sie schaffen es, die Kinder zu motivieren und auch wieder Spaß am Lesen zu haben“, erzählt Lenzkes. Und die beiden Hunde sind darin echte Profis. Sie sind ausgebildete Therapiebegleithunde mit einer Menge Erfahrung, denn die Pädagogin ist nicht nur in Grundschulen aktiv, sondern auch in Kindergärten.

Die Therapiebegleithunde müssen alle drei Monate zum Tierarzt und eine jährliche Nachprüfung absolvieren. Außerdem gibt es ein umfangreiches Hygienekonzept. Aber nicht nur die Hunde erhalten eine Ausbildung, auch die menschlichen Begleiter*innen werden in den pädagogischen Grundlagen zur Förderung der Lesekompetenzen geschult. Darüber hinaus stehen Themen wie die richtige Hundehaltung und -ausbildung, die Körpersprache des Hundes und auch das Tierschutzgesetz auf dem umfangreichen Ausbildungsprogramm.

Momentan begleitet Ellen Lenzkes sechs Kinder, die Probleme beim Lesen haben. „Die Hemmschwelle ist viel niedriger, wenn ich alleine mit meinen beiden Hunden komme“, berichtet Lenzkes von ihren ersten Erfahrungen im Projekt. „Manche blühen hier richtig auf.“ Noch bis Ende Dezember läuft die erste Phase. Danach wird Bilanz gezogen. Doch Wehrmann hofft: „Dass die Mittel auch im nächsten Jahr zur Verfügung stehen und wir das Projekt damit weiterführen können. Denn wir wissen, dass die Folgen der Pandemie noch lange nicht behoben sind.“ Für Yagmur und die anderen Kinder darf das Projekt noch ewig weitergehen. Und zumindest noch einen riesigen Wunsch hat das dunkelhaarige Mädchen aus der 3b: „Mein Traum ist es, einmal mit Käthe spazieren zu gehen.“ Ellen Lenz ist sich ganz sicher, dass dieser Traum nach den Ferien in Erfüllung gehen könnte.

Ein Monitoring zur Digitalisierung im Schulbereich – Der Kreis Lippe machts vor

Dr. Claudia Böhm-Kasper, Bildungsmonitoring Kreis Lippe
Elisabeth Haring, Medienzentrum Kreis Lippe

Die digitale Transformation im Bildungs- und Schulbereich stellt Land und Kommunen gleichermaßen vor große Herausforderungen. Sowohl die Ausstattung der Schulen als auch die pädagogischen Konzepte bedürfen im Zuge der digitalen Revolution des beginnenden 21. Jahrhunderts einer Überholung. Die Corona-Pandemie hat dies zuletzt mehr als deutlich vor Augen geführt. Wie und wo aber anfangen in einem Bereich, der bisher so unbestimmt und vielfältig erscheint?

Der Kreis Lippe setzte sich im Rahmen der Bürgermeister*innenkonferenz im Herbst 2020 genau damit auseinander: hier stellte man sich die Frage, inwieweit sich die allgemeinbildenden Schulen im Kreisgebiet bereits auf den Weg in das digitale Zeitalter gemacht haben? Wie die technische Ausstattung und die Umsetzung an den Schulen aussieht? Und wo es noch Handlungsbedarf gibt? Um Antworten hierauf zu finden, erhielt das Regionale Bildungsnetzwerk und das Bildungsmonitoring aus dem Kreis der Bürgermeister*innen den Auftrag, ein Monitoring zur Digitalisierung des Schulbereichs für den Kreis Lippe zu erstellen.

Für eine erste systematische Annäherung wurde das Monitoring in zwei Bereiche geteilt: Zum einen wurden in einer Schulträgerbefragung die technischen Voraussetzungen und die Ausstattungsbedingungen an den Schulen erfasst und zum anderen wurden Lehrkräfte der lippischen Schulen insbesondere zu ihrem konkreten digitalen Medieneinsatz befragt.

Ablauf und Ergebnisse der Schulträgerbefragung

Ziel der Schulträgerbefragung war es einerseits, Transparenz über den Stand der Digitalisierung an den lippischen Schulen - der einzelnen Kommunen und ihrer Schulstandorte - herzustellen. Andererseits sollte hieraus auch ein interkommunaler Vergleich auf Basis einheitlicher Indikatoren zu den Ausstattungsbedingungen und technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Nicht zuletzt sollten die Ergebnisse auch bereits erste Ableitungen entsprechend der Handlungsfelder ermöglichen.

Im März 2021 wurde sodann über die lippischen Schulen für 111 öffentliche Schulstandorte eine Online-Befragung durchgeführt und unter anderem folgende Aspekte abgefragt:

» Wie ist der Stand der Medienentwicklungsplanung und der Fördermittelbeantragung?

Viele Lehrkräfte nutzen und kooperieren über die Schulplattform IServ.

Quelle: Eigene Befragung Bildungsmonitoring Kreis Lippe. Kontakt: Claudia Böhm-Kasper, c.boehm-kasper@kreis-lippe.de

» Wie ist die Ausstattung mit Breitband, der Unterrichtsräume und auch der Endgeräte von Schüler*innen und Lehrkräften?
» Welche pädagogischen Netzwerke und Lernmanagementsystemen sind vorhanden?
» Wie sieht es mit dem IT-Support aus?

Die Ergebnisse der Befragung zeigten auf, dass sowohl in der Netzinfrastruktur als auch in der Ausstattung der Unterrichtsräume noch Ausbaupotential besteht. Aber die mit dem Monitoring erreichte Transparenz zu den in den Schulen genutzten Lernmanagementsystemen schaffte vielfältige Möglichkeiten der gezielten Vernetzung und Unterstützung der Schulen (Abb. 1). Die Ergebnisse wurden den Schulträgern für die Fortführung ihrer Medienentwicklungsplanung mit entsprechenden Vergleichsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Hierbei bietet der Kreis Lippe im Rahmen der Medienbildungsagentur seine Unterstützung an.

Lehrkräftebefragung an 860 Schulen

Die an die Schulträgerbefragung anschließende Befragung der Lehrkräfte fokussierte vor allem zwei Fragen: In welcher Form und in welchem Umfang kommen an den lippischen Schulen digitale Endgeräte zum Einsatz und welche Unterstützungsbedarfe haben die Lehrkräfte hinsichtlich der digitalen Mediennutzung?

Aufgrund der Pandemie und des vielfachen Distanzlernens bis zum Sommer 2021 wurde die Fragestellung noch einmal angepasst: Das Monitoring-Interesse galt nun der Frage, ob die Ausstattung der Schulen ab dem Schuljahr 2021/22 den neuen pä-

dagogischen Anforderungen genügt und wo Nachbesserungen zu sehen sind: sowohl was die Art und den Umfang der angeschafften Digitaltechnik betrifft als auch bezüglich der Medienkompetenz der Lehrkräfte im Umgang mit den neuen Möglichkeiten. Der Fragebogen wurde zunächst in einer kleinen Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Medienzentrums, des Bildungsmonitorings, der Bezirksregierung (Giga-Bit-Geschäftsstelle), der Schulaufsicht sowie mit einigen Schulleitungen erarbeitet. Anschließend erfolgte die Befragung als Onlineerhebung im Zeitraum November 2021 bis Januar 2022 mit Unterstützung der Schulaufsichten des Kreises Lippe und durch das Regionale Bildungsnetzwerk. Alle Angaben wurden anonym erfasst. Eine Zuordnung zu Schulorten war nicht möglich. Insgesamt haben sich 860 lippische Lehrkräfte aller Schulformen an der Befragung beteiligt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Quote von 21,3 Prozent.

Konkret wurde im Rahmen der Befragung ermittelt, welche digitalen Geräte im Unterricht zum Einsatz kommen beziehungsweise von Lehrer*innen und/oder Schüler*innen genutzt werden (Präsentationsmedien, verschiedene Endgeräte etc.). Bei der Erfassung der Art des digitalen Medieneinsatzes an den Schulen und der Frage, wie die Geräte und die Möglichkeiten der Digitalisierung in Schule und Unterricht eingesetzt werden, wurde das sogenannte SAMR-Modell herangezogen (Puentedura 2006). Das SAMR-Modell beschreibt auf vier Stufen, wie digitale Medien das Lehren und Lernen verändern können und welcher pädagogische Mehrwert dabei erzeugt werden kann. Es ermöglicht Lehrkräften eine Reflexion der Art und Weise, wie sie digitale Medien und Werkzeuge in ihren Unterricht integrieren können.

Darüber hinaus wurden im Rahmen der Lehrkräftebefragung folgende Fragestellungen aufgegriffen:

» Wie schätzen Lehrer*innen die schulische Ausstattungsbedingungen ein?
» Welchen Unterstützungs- und Fortbildungsbedarf haben Lehrer*innen (Medienkompetenzrahmen, Distanz- und Hybridunterricht, rechtliche Fragen etc.)?

Perspektiven aus dem Monitoring für die Digitalisierung im Schulbereich

Das Monitoring zur Digitalisierung im Schulbereich ermöglichte den unterschiedlichen Akteuren des Regionalen Bildungsnetzwerks im Kreis Lippe – bestehend aus Medienzentrum, Schulaufsicht, Schulträgern, Kompetenzteam, Schulleitungen – einen weitreichenden Überblick zum Stand der Digitalisierung der lippischen Schulen. Da sich die Schulträger zum Zeitpunkt der Erhebung noch im Beschaffungsprozess im Rahmen des Digitalpakts befanden und auch der Breitbandausbau noch bevorstand, ist davon auszugehen, dass sich die schulischen Rahmen- und Ausstattungsbedingungen bereits verändert haben und Defizite ausgeglichen werden konnten. Aus diesem Grund wird derzeit eine Folgebefragung der Schulträger umgesetzt.

Das Medienzentrum Lippe wird sich zukünftig im InnovationSpin verstärkt den Herausforderungen der Digitalisierung in der Bildung stellen und im Verbund mit Wissenschaft und Forschung Bildungsangebote zu den Kompetenzbereichen des Medienkompetenzrahmens NRW bieten.

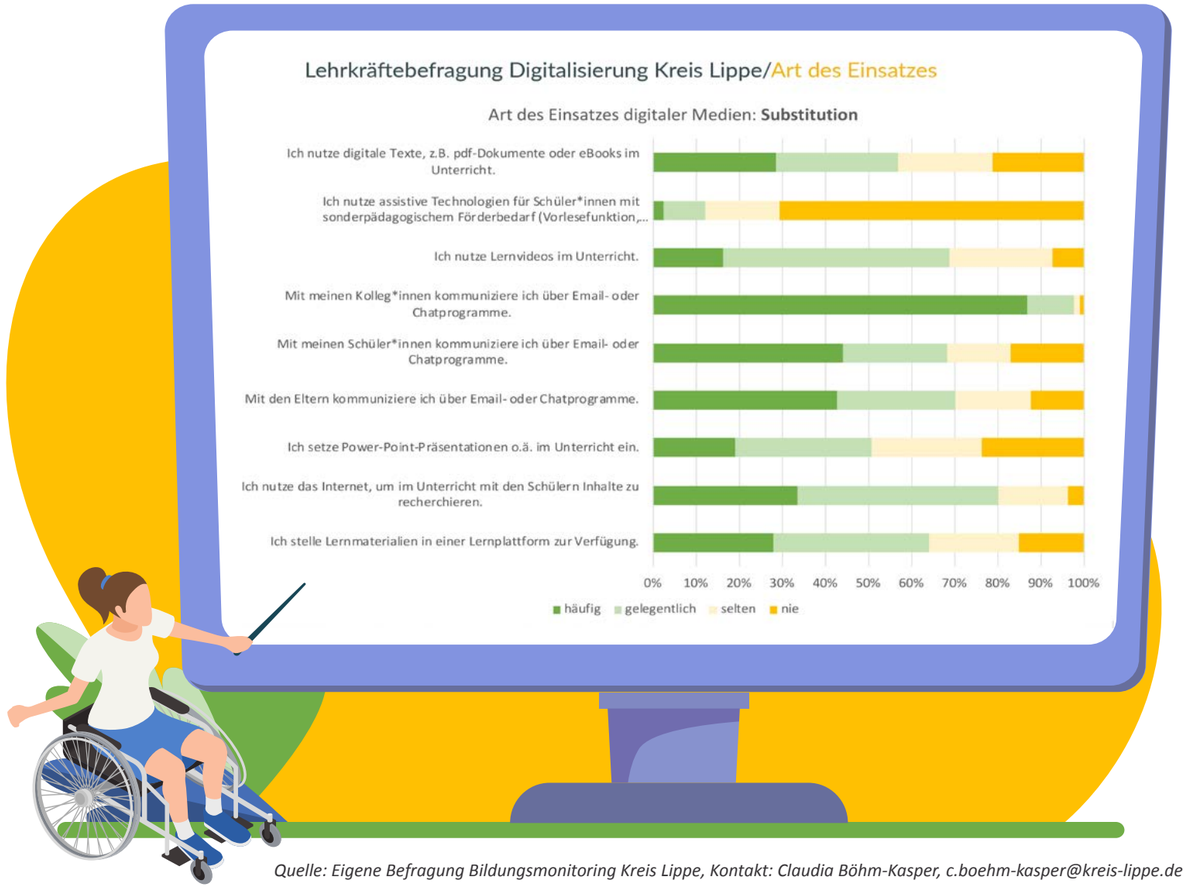
Im Februar 2022 veröffentlichte das Schulministerium NRW die „Digitalstrategie Schule NRW – Lehren und Lernen in der digitalen Welt“. Drei zentrale Handlungsfelder sollen hierbei bis 2025 umgesetzt werden. Wesentliche im Rahmen der Befragung geäußerten Fortbildungs- und Unterstützungsbedarfe sind hier aufgegriffen und werden über die Bezirksregierungen, die Kompetenzteams der Lehrerfortbildung sowie die Medienberater*innen in Zusammenarbeit mit den Medienzentren zeitnah umgesetzt.

Die Autorinnen

Dr. Claudia Böhm-Kasper ist studierte Diplompädagogin und betreut seit 12 Jahren das Bildungsmonitoring im Kreis Lippe.

Elisabeth Haring ist Diplom-Pädagogin mit den Schwerpunkten Medienpädagogik, Jugend- Erwachsenen- und Weiterbildung. Sie ist seit 30 Jahren pädagogische Leiterin des Medienzentrums Kreis Lippe.

E-Mails und Chatprogramme sind bevorzugtes Kommunikationsmedium unter Lehrkräften.



Quelle: Eigene Befragung Bildungsmonitoring Kreis Lippe, Kontakt: Claudia Böhm-Kasper, c.boehm-kasper@kreis-lippe.de

„Wenn das bisher keiner gemacht hat, dann machen wir das jetzt mal.“

Die erste Gemeinwohlökonomie-Kommune Deutschlands steht kurz vor der Re-Bilanzierung

Von Helena Baldina

Die Kleinstadt Steinheim im Kreis Höxter mit ihren rund 13.000 Einwohner*innen hat Pionierstatus, denn als erste Kommune Deutschlands hat sie 2020 eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt. Mit diesem Instrument möchte die Stadt erfassen, wo sie beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele steht und wo sie das städtische Handeln noch nachhaltiger gestalten kann. Nach einem einstimmigen Ratsbeschluss 2018 startete die Stadtverwaltung Steinheim in Zusammenarbeit mit der FH Bielefeld einen Bilanzierungsprozess, an dessen Ende die Auszeichnung als Gemeinwohlökonomie-Kommune (GWÖ) stand.

Die Gemeinwohl-Matrix für Kommunen ist ein Instrument, welches die gesamte Bandbreite des kommunalen Handelns abdeckt

Alexander Rauer, der in der Stadtverwaltung im Bereich Demografie- und Klimaschutz arbeitet, und sein Kollege Eberhard Fischer aus dem Umwelt- und Naturschutzbereich haben den Prozess in der Stabsstelle von Anfang an mitbegleitet. Insbesondere Eberhard Fischer, der seit fast 30 Jahren in Steinheim arbeitet und die Diskussionen über die „Grenzen des Wachstums“ seit der Veröffentlichung des Club of Rome von 1972 mitverfolgt, freut sich, dass das Thema mittlerweile zum festen Bestandteil seiner Arbeit in der Verwaltung geworden ist: „Es ist nicht das Ziel die gesamte Weltwirtschaft zu ändern, sondern dem Leben vor Ort eine nachhaltige Richtung geben,“ so der 62-Jährige.

Mit Rückendeckung von Bürgermeister Carsten Torke organisierten die beiden 2019 mit weiteren Engagierten einen Auftaktworkshop mit allen städtischen Mitarbeitenden und tauschten sich in einer Steuerungsgruppe mit Vertreter*innen aller Fachbereiche über den Bilanzierungs- und Zertifizierungsprozess aus. Sie setzten sich intensiv mit der Frage auseinander, welche Veränderungen in der untersten räumlich administrativen Einheit – der Kommunalverwaltung – vollzogen werden müssen, um nachhaltiger arbeiten und leben zu können. Welche Schritte gegangen werden können und sollen, um auf lokaler Ebene den Anforderungen der globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030 entsprechen zu können. Mit der FH Bielefeld wurden sechs weitere Workshops und Interviews durchgeführt. Diese folgten dem sogenannten „Deming-Zyklus“ – bestehend aus den Phasen „Planen, Durchführen, Prüfen und Verbessern“ – und orientieren sich an der Gemeinwohlmatrix für Kommunen . Eine Art Leitfaden und inhaltliche Hintergrundfolie für alle Beteiligten.

Alexander Rauer und Eberhard Fischer sind stolz auf den Erfolg, Steinheim zur ersten Gemeinwohlökonomie-Kommune in Deutschland gemacht zu haben.

„Wir sind am Anfang von einem Prozess. Wir gucken gerade erst einmal, wo wollen wir eigentlich hin und was und wen braucht es dafür.“

Alexander Rauer

Die in der Matrix aufgeführten ethischen Werte von Menschenwürde, Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Mitbestimmung und Transparenz wurden fünf Berührungsgruppen gegenübergestellt und entsprechend einer Selbsteinschätzung der Mitglieder der Steuerungsgruppe ausgefüllt. Anhand einzelner Indikatoren, wie beispielsweise dem ethischen Beschaffungsmanagement, dem Nutzen für die Gemeinde oder der Transparenz von Kommunikation und demokratischer Einbindung, bewertete jede*r Einzelne den Ist-Zustand in Steinheim. In einem zweiten Schritt wurde durch Auditor Bernhard Oberrauch eine Einschätzung aus der Außenperspektive vollzogen und von möglichen 1000 Punkten, die als Referenzrahmen dienen, betrug die gesamte Punktezahlt 401 Punkte durch Selbst- und 423 Punkte durch Fremdeinschätzung. Eine Bilanz, die auf insgesamt 166 Seiten festgehalten wurde und im Sinne der Transparenz

auch vollständig online einsehbar ist. Obgleich die erreichte Punktezahl für Alexander Rauer erst einmal nicht viel ausgesagt hat, da es bis dato ja keinen Referenzwert für Steinheim und auch keine andere Stadt gab. „Wir sind am Anfang von einem Prozess. Wir gucken gerade erst einmal, wo wollen wir eigentlich hin und was und wen braucht es dafür," so der Klimaschutz- und Demografiebeauftragte. Aber ein erster Schritt wurde bereits mit dem Start des Bilanzierungsprozesses als Gemeinwohlökonomie-Kommune getan. Und im September 2020 überreichte der Begründer der Gemeinwohl-Ökonomie, Christian Felber, der Stadt ihr Gemeinwohl-Zertifikat. Dieses ist zwei Jahre, bis zum 31. August 2022, gültig und kann in einem Re-Bilanzierungsverfahren erneuert werden.

Die Stadtverwaltung geht mit gutem Beispiel voran

Genau da steht Steinheim derzeit auch. Nicht mehr die FH Bielefeld, sondern die Stiftung Gemeinwohl-Ökonomie NRW übernimmt den derzeitigen Re-Bilanzierungsprozess. Im Herbst diesen Jahres ist es dann wieder soweit. Und in der Zwischenzeit werden bereits die ersten „Quick-Wins" gefeiert. Um Plastikmüll zu vermeiden und kurze Lieferketten zu gewährleisten, wurde beispielsweise eine Sammelbestellung von Glaswasserflaschen für alle Verwaltungsmitarbeitenden vom örtlichen Wasserlieferanten in Auftrag gegeben. Ebenso wurde eine Sichtung von Flyer und Magazinen erstellt, um unnötigen Papiermüll zu vermeiden und dort wo nötig abbestellt beziehungsweise nicht mehr in Druck gegeben. Veränderungen, die direkt bei den Mitarbeitenden ankommen und den Mehrwert als Gemeinwohlökonomie-Kommune erfahrbar machen. Mittlerweile haben sich auch vereinzelte Regionalgruppen, erste Unternehmen und die Volksbank in Steinheim bilanzieren lassen. Es tut sich was. Die Stadtverwaltung geht als Impulsgeber und Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit voran.

Alexander Rauer und Eberhard Fischer wollen in Zukunft auch verstärkt Bürger*innen und Bildungseinrichtungen in ihre Überlegungen einer Gemeinwohlökonomie-Kommune mit einbeziehen. Und im besten Fall in ein paar Jahren einen Prozess angestoßen haben, der sich verselbstständigt hat und die Stadtverwaltung nur noch einer von vielen Akteuren ist, der sich um eine nachhaltige Kooperation von Mensch, Natur und Wirtschaft kümmert.

Mit Bildungsmonitoring den Strukturwandel gestalten

Audio-Interview mit
Dr. Rabea Pfeifer

Was ist zu tun, wenn sich ganze Wirtschaftszweige ändern und Regionen vom Strukturwandel betroffen sind? Hören Sie **im Audio-Interview** mit der **stellvertretenden Projektleiterin Dr. Rabea Pfeifer** wie das Netzwerkbüro Bildung Rheinisches Revier den Transformationsprozess im Rheinischen Revier begleitet. Warum Bildung ein Gelingensfaktor für den Strukturwandel darstellt und das Thema Fachkräftesicherung für die Strategieentwicklung im Revier aus unterschiedlichen Blickpunkten betrachtet werden sollte.

SCAN ME

GEMEINWOHL-MATRIX 5.0

GEMEINWOHL ÖKONOMIE Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft

WERT / BERÜHRUNGSGRUPPE	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
A: LIEFERANT*INNEN	**A1** Menschenwürde in der Zulieferkette	**A2** Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	**A3** Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	**A4** Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	**B1** Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	**B2** Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	**B3** Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	**B4** Eigentum und Mitentscheidung
C: MITARBEITENDE	**C1** Menschenwürde am Arbeitsplatz	**C2** Ausgestaltung der Arbeitsverträge	**C3** Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	**C4** Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
D: KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	**D1** Ethische Kund*innen-beziehungen	**D2** Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen	**D3** Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	**D4** Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
E: GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	**E1** Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	**E2** Beitrag zum Gemeinwesen	**E3** Reduktion ökologischer Auswirkungen	**E4** Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

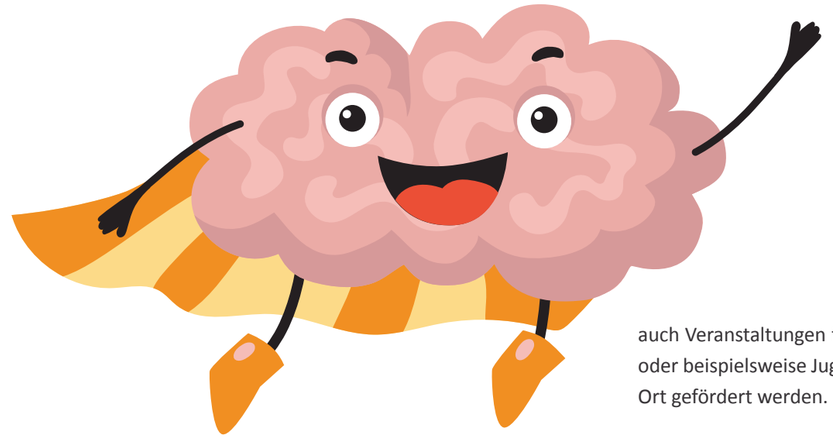
Gemeinwohl-Ökonomie: www.ecogood.org

CC BY SA

Die Gemeinwohl-Bilanz ist das „Herzstück" der Gemeinwohl-Ökonomie. Als Messinstrument zur Erstellung dient die abgebildete Matrix 5.0. Sie ist damit ein Modell zur Organisationsentwicklung und zur Bewertung von unternehmerischen wie auch gemeinnützigen Tätigkeiten nach den vier Werten „Menschenwürde", „Solidarität und Gerechtigkeit", „ökologische Nachhaltigkeit", „Transparenz und Mitentscheidung". Mit der Matrix kann so ein Entwicklungsprozess für mehr Nachhaltigkeit und Gemeinwohl-Engagement initiiert werden.

Weitere Infos:
https://web.ecogood.org/de

„Unsere Bodenschätze, unser Gold, ist in unseren Köpfen“



Interview mit Dr. A. Heinrike Heil

Geschäftsführerin „Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe“

Seit wann beschäftigen Sie sich mit dem Thema Kooperation von Zivilgesellschaft und Kommunen?

Im Grunde seit der Einrichtung der Bildungsgenossenschaft und dem Start des Programms „Lernen vor Ort“, das ist 2008 und 2009 gewesen. Außerdem ist die Kooperation von Zivilgesellschaft und Kommune bei uns quasi Programm, weil wir als Stiftung vom Kreis Lippe 2001 gegründet worden sind und die Kommune somit stark mit der Stiftung verbunden ist. Wir haben beispielsweise in unserer Satzung auch stehen, dass wir das stifterische Engagement, damit also das zivilgesellschaftliche Engagement, befördern sollen. Es ist also von Anfang an diese Kooperation angelegt.

Ihre Stiftung trägt bereits im Namen das Thema Standortsicherung. Wie ist es zu dieser Schwerpunktsetzung gekommen?

Der Kreis Lippe hat eine besondere Historie. Er steht in der Tradition des ehemaligen Landes Lippe und blickt auf über 800 Jahre Selbstständigkeit zurück. Das heißt, es gibt beispielsweise eine Agentur für Arbeit und eine IHK, deren Zuständigkeit sich jeweils auf den Kreis Lippe bezieht. Deshalb ist auch zum damaligen Zeitpunkt die Überlegung gewesen, die Wirtschaftsförderung ein bisschen anders aufzustellen, nicht mehr als klassische Wirtschaftsförderung. Die Konzeptionierung der „Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe“ erfolgte um den Jahrtausendwechsel. Es sollten damit vor allem „weiche“ Standortfaktoren gefördert werden. Deshalb hatten wir von Anfang an Bildung, Wissenschaft und Kultur als Stiftungszweck. Inzwischen ist auch das Ehrenamt mit dazu gekommen.

> *„Das Thema Bildung ist in der Region immer sehr wichtig gewesen, eben auch als Thema zur Standortsicherung.“*

Das Thema Bildung ist in der Region immer sehr wichtig gewesen, eben auch als Thema zur Standortsicherung. Wenn wir in den Westen von NRW schauen, hat im Ruhrgebiet die Kohle viele Arbeitsplätze geschaffen. Hier in Lippe kann man keine Bodenschätze abbauen. Das heißt, unsere Bodenschätze, unser Gold – beziehungsweise unsere Kohle –, ist in unseren Köpfen. Wir benötigen also eine gute Bildung und müssen die Talente der jungen Leute entsprechend entwickeln. Wir brauchen die Handwerker*innen, die Verwaltungsmitarbeitenden und viele weitere Fachkräfte. Denn auch wenn man das vielleicht nicht erwarten würde, der Kreis Lippe ist ein ziemlich großer Industriestandort. So ist beispielsweise in Ostwestfalen-Lippe insgesamt das Segment des Maschinenbaus und der Verbindungstechnik sehr groß und da braucht es natürlich gute Ingenieur*innen.

Sie haben ja bereits angedeutet, wie wichtig gut ausgebildete Fachkräfte für die Region sind. Welche Rolle spielt das Thema Bildung?

Als erstes denkt man meist an formale Bildung, also an Institutionen von der Grundschule bis zur Universität. Dazu gehören auch spezielle Programme zur technischen und beruflichen Bildung. Hier verwalten wir zum Beispiel eine Stiftung speziell für die berufliche Bildung oder fördern seit Gründung das ZdI-Zentrum „Lippe.MINT“. Aber auch die außerschulische oder non-formale Bildung nimmt bei uns großen Raum ein. So ist beispielsweise gerade der Bereich der kulturellen Bildung in Lippe aus der Historie heraus ein Schwerpunkt. Mit dem Landesverband Lippe, in dem das Vermögen des ehemaligen Freistaates Lippe gebündelt ist, haben wir jemanden, der der Wächter der lippischen Kultur, Kulturgüter und -institutionen ist. Dadurch ist bei uns Kultur und kulturelle Bildung mindestens ein genauso bedeutendes Thema wie formale Bildungsangebote. Lernen auch außerhalb etablierter Lernorte ist uns wichtig.

Denn die Menschen müssen sich vor Ort auch wohlfühlen. Dafür braucht es ein breites Bildungsangebot an institutionalisierter Bildung, aber eben auch Kulturangebote oder Treffpunkte für Kinder und Jugendliche…

Wir haben allein durch die Stiftung Standortsicherung schon fast 100 Kulturprojekte, seien es Kunst- und Kulturveranstaltungen, Ausstattung von Theater oder Museen oder Veranstaltungen zur kulturellen Bildung gefördert. Außerdem haben wir auch den Auftrag stifterisches Engagement in der Region zu befördern. Schon 2003 haben wir die erste Treuhandstiftung in unsere Verwaltung übernommen. Inzwischen verwalten wir 15 verschiedene Treuhandstiftungen oder Stiftungsfonds. Diese Stiftungen sind dann entweder in einer Stadt angesiedelt – wie beispielsweise die Meyer-Sickendick-Stiftung, die sich in Bad Salzuflen um das Thema Bildung kümmert, oder es sind kreisübergreifende Stiftungen – beispielsweise die Stiftung „Für Lippe“ mit dem Motto „Der Jugend eine Chance“. So gibt es also immer Themen, die durch die einzelnen Stiftungen örtlich oder thematisch fokussiert werden und wo dann auch Veranstaltungen für Jung und Alt oder beispielsweise Jugendzentren vor Ort gefördert werden.

Wie fördern Sie im Kreis Lippe den Ausbau an Bildungsangeboten und die Vernetzung der Akteure?

Es ist ein Prozess mit der Gründung der „Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe“, die 2002 ihre Arbeit aufgenommen hat, in Gang gesetzt worden. Seitdem gibt es in gewissen Abständen Weiterentwicklungen. So wurde 2005 der Eigenbetrieb Schulen eingerichtet, der seitdem die Schulträgeraufgaben wahrnimmt. 2006 startete die Netzwerkinitiative „Jugend braucht Zukunft“ vor dem Hintergrund einer dramatischen Ausbildungssituation. Es wurde eine Koordinierungsstelle Schule-Beruf eingerichtet und dann kam noch die Gründung der Bildungsgenossenschaft 2008 dazu, ein bundesweit im Bildungsbereich einmaliges Konstrukt. Die Genossenschaft soll koordinieren und gestalten und die Akteure der lippischen Bildungslandschaft vernetzen. Außerdem war das BMBF-Förderprogramm „Lernen vor Ort“ wirklich ein Meilenstein. Kommunal-staatliche Akteure und die Zivilgesellschaft arbeiteten hier in ausgewählten Handlungsfeldern zielorientiert zusammen. Die damals geschaffenen Strukturen tragen zum Teil auch heute noch.

Bildungsförderung wird im Kreis Lippe als Teil der Wirtschaftsförderung verstanden. Allein das macht deutlich, dass sie ein besonderer Standortfaktor ist.

Welche Potentiale und Chancen sehen Sie in der Kooperation von Kommune, Wirtschaft und Gesellschaft im Bildungsbereich?

Unserem damaligen Landrat, der die Entwicklungen maßgeblich mit auf den Weg gebracht hat, war immer wichtig, dass nach Lösungen gesucht wurde und nicht jeder nur an seine Zuständigkeiten, sondern in gemeinsamer Verantwortung für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort denkt. Denn nur dann entwickelt man einen Standort positiv weiter. Natürlich muss man dafür auf sein Gegenüber eingehen, zuhören und wissen, was für den anderen wichtig ist, was seine Motivationslage oder was auch seine Hinderungslage ist und warum er sich jetzt gerade einbringen oder auch nicht einbringen kann. So kann man relevante Themen und Arbeitsfelder identifizieren und sie gemeinsam bearbeiten. Vor allem das „gemeinsam“ ist dabei wichtig. Denn niemand kann die Welt alleine retten!

Lippe bietet hier zusammen mit Ostwestfalen große Chancen. OWL gilt als Region der Netzwerke. Hier kennt man sich. Landläufig könnte man – zumindest vor Corona – sagen, in Lippe trifft man sich zweimal die Woche (und nicht zweimal im Leben). So kann man auf den zahlreichen Netzwerkterminen Dinge auf dem kurzen Dienstweg abstimmen. Das ist natürlich ein großer Vorteil, dass hier Kommune, Wirtschaft und Gesellschaft kooperieren und zusammenarbeiten und gemein-

Dr. A. Heinrike Heil

Sie ist seit 2002 Geschäftsführerin der Stiftung Standortfaktor Kreis Lippe und für alle Aufgaben rund um das Stiftungsgeschäft zuständig.

sam Dinge auf den Weg bringen können. Problemlagen, die sich ergeben, können so im gemeinsamen Gespräch auch gemeinsam bearbeitet werden.

Kommunen haben vielfältige und oft herausfordernde Aufgaben zu bewältigen. Aktuell beispielsweise die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine, aber auch permanente Herausforderungen wie chancengerechte Bildung. Nicht alle Fürsorge-Aufgaben können von Kommunen und Staat allein übernommen werden. Wie können Stiftungen und Zivilgesellschaft dabei helfen?

Ehrlicherweise könnten alle Stiftungen zusammen das staatliche Bildungssystem vermutlich nicht mal einen Tag mit ihren Mitteln finanzieren. Das sollte man immer im Hinterkopf behalten. Aber Stiftungen sind (weitgehend) unabhängig. Das heißt, Stiftungen können alle möglichen Fragen, auch unangenehme, stellen. Oder sie können eine Moderator*innenrolle einnehmen und Brückenbauer*innen sein. Damit können Menschen und Institutionen zusammengebracht und Themen erfolgreich bearbeitet werden. Stiftungen können natürlich auch Geld mitbringen, aber eben nicht nur.

Ein Beispiel für schnelle, unbürokratische und abgestimmte Hilfe ist das Projekt „Stark mit Stift“. Als im März dieses Jahres immer mehr Flüchtlinge aus der Ukraine nicht nur nach Lippe kamen, haben wir mit der Schulaufsicht beim Kreis – zuständig für die Grundschulen – gesprochen und gefragt, ob und wo es gerade Bedarfe an den Schulen in diesem Zusammenhang gibt. Nachdem sich daraufhin vermehrt Schulen bei uns meldeten, dass sie für die Kinder eine Grundausstattung für die Schule benötigen, haben wir innerhalb von zwei Wochen das Projekt konzeptioniert – inklusive Namen, Logo und Antragsformular und natürlich der Finanzierung. So konnten wir noch vor den Osterferien die Info zum Projekt „Stark mit Stift“ an die Schulen versenden. Eine solch schnelle Lösung ist nur möglich, wenn man eng vernetzt ist, wenn man belastbare Netzwerke hat und man nicht erst erklären muss, wer man ist und was man will und sich Vertrauen erst erarbeitet muss. Das ist meines Erachtens ein gutes Beispiel dafür, dass Stiftungen langfristig nicht staatliches Handeln ersetzen, aber in Abstimmung mit allen Partnern schnelle, unkomplizierte Lösungen schaffen können, bis der Staat handlungsfähig ist.

> *„Ich wünsche mir weiterhin motivierte Macher und Gestalter, die sich einsetzen für das Thema Bildung.“*

Wie arbeiten Kreisverwaltung, Kommunalverwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure (vertreten durch die Stiftungen) im Kreis Lippe ganz konkret zusammen?

Das hat vor allem 2008 mit der Gründung der Bildungsgenossenschaft begonnen. Mit deren Leiter Markus Rempe wurde die Bewerbung auf das Förderprogramm „Lernen vor Ort“ erfolgreich auf den Weg gebracht. In diesem Programm war die Begleitung von Stiftungen als Grundpatenschaft für eine Kommune verankert. Die Stiftung Standortsicherung war aufgrund ihrer Gründungshistorie quasi die geborene Patin. Seitdem begleitet uns eine intensive Zusammenarbeit. Das Thema Stiftungen wird immer mitgedacht. Gespräche mit den Kommunen zum Bereich Bildung werden gemeinsam geführt, Ideen und Bedarfe diskutiert und die Machbarkeit ausgelotet. Mit anderen Stiftungen stehen wir über den Kompetenzkreis Stiftungen OWL im Austausch. Gelingensbedingung für eine gute Zusammenarbeit ist neben einer strukturellen Verankerung aber auch immer der „Nasenfaktor“. Wenn man sich versteht, ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Regel deutlich einfacher.

Das Thema dieses Heftes ist „Machen“. Oftmals hört man, es gebe keinen Mangel an Wissen oder Erkenntnissen, sondern ein Umsetzungsproblem. Wie sehen Sie das? Wie kann es gelingen, aus dem vorhandenen Wissen auch ins Handeln zu kommen?

Ich glaube, Vertrauen ist eine wichtige Basis. Denn wir müssen mit unseren Ideen in unsere Gremien gehen, und dort überzeugen. Die Mitglieder, die in diesen Gremien sitzen, müssen Vertrauen haben zu den Menschen, die ihre Ideen und Konzepte vorstellen, in ihre Problemanalyse- und -lösungsfähigkeit.

Vertrauen und belastbare Netzwerke, ein erreichbares Ziel sowie engagierte Mitarbeitende und Führungskräfte führen dazu, dass das Problem nicht nur bewundert, sondern auch gelöst wird.

Gibt es vielleicht ein Projekt, dass Sie besonders inspiriert hat?

Neben dem Projekt „Stark mit Stift“, das ich schon genannt habe, finde ich ein sehr gutes Beispiel für gut funktionierende Zusammenarbeit, das Themenfeld Kulturelle Bildung. Auch hier gibt es schon jahrelange Vorarbeiten. Die mündeten unter anderem in die Gründung des Fachbeirats „Kulturelle Bildung“. Und auch hierbei spielt das Thema Netzwerk eine große Rolle. Die regionalen Akteure (Landesverband Lippe, Regionales Bildungsbüro, OWL Kulturbüro, Schulaufsicht, Stiftung Standortsicherung, Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung“ NRW) treffen sich mindestens zweimal im Jahr und stimmen ab, wie sie die kulturelle Bildung in Lippe fördern können. Als Ergebnis gibt es beispielsweise ein Bildungsticket, einen Lippe.KULTUR-Fonds, Kulturbeauftragte an Grundschulen, eine Lipper Schul-KulTour und vieles mehr.

Ein ganz neues Projekt ist „Kultur(t)räume“, das in Zeiten von Corona entstanden ist, als Künstler*innen keine Auftrittsmöglichkeiten hatten und auch nicht in Schulen gehen konnten, um gemeinsam etwas zu gestalten. Deshalb fragen wir aktuell bei den Künstler*innen, was sie für Kultur-Häppchen im ersten Schritt in den Grundschulen anbieten könnten. Das fertige Modul kann zwei Stunden oder auch einen ganzen Tag dauern. Die Kosten für Honorar und Material werden von Stiftungen übernommen. Schulen können diese Angebote dann ohne großen Aufwand ab dem zweiten Halbjahr abrufen. Wir wollen so ein niederschwelliges Angebot schaffen und einmalige Kulturerlebnisse ermöglichen.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für den Kreis Lippe wünschen?

Ich wünsche mir weiterhin motivierte Macher*innen und Gestalter*innen, die sich einsetzen für das Thema Bildung – und das über alle Bereiche (also formale wie non-formale Bildung) hinweg – damit die Talente der jungen Leute auch geweckt werden. Denn es ist völlig egal, ob ich ein Studium oder eine Ausbildung mache, wichtig ist, dass ich das mache, woran ich Spaß habe. Denn wenn ich daran Spaß habe, dann werde ich auch gut darin.

Das Gespräch führte Saskia van den Berg, Transferagentur NRW

Stiftung Standortfaktor Kreis Lippe

Die gemeinnützige Stiftung wurde 2001 ins Leben gerufen. Neben dem Hauptengagement der Projektförderung in den drei Förderbereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Kultur und Ehrenamt bündelt die Stiftung auch stifterisches Engagement und aktiviert damit gemeinsames Entwicklungspotential in der Region Lippe. Ihr Ziel: den Standort Lippe langfristig und dauerhaft zu stärken. Dazu sollen neue und innovative Ideen gefördert werden, um Zukunftsperspektiven für die Region zu schaffen.

Weitere Informationen zur Stiftung: www.stiftung-standortsicherung.de

Heute die Segel für morgen setzen...

damit im Jahr 2035 starke Verantwortungsgemeinschaften gemeinsam ihre innovativen und chancengerechteren Bildungskommunen gestalten können.

4 Fragen an Dr. Andrea Ruyter-Petznek

Leiterin des Referats Bildung in Regionen, Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung engagiert sich seit vielen Jahren in der Förderung kommunaler Bildungslandschaften über den Ansatz des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM). Seit Januar 2022 haben Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland die Möglichkeit, sich am ESF-Plus-Programm „Bildungskommunen“ zu beteiligen, mit dem der Ansatz des DKBM fortgeführt wird und das thematisch auf aktuelle Herausforderungen im Bildungsbereich ausgerichtet ist. Wir sprachen mit Dr. Andrea Ruyter-Petznek über Mehrwerte und Chancen der Förderrichtlinie für Kreise und kreisfreie Städte auf dem Weg zu Bildungskommunen von morgen.

Dr. Andrea Ruyter-Petznek

Dr. Andrea Ruyter-Petznek ist Juristin und hat Internationale Beziehungen an der Johns Hopkins University studiert. Seit Februar 2020 leitet sie das Referat Bildung in Regionen, Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

1. *Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung – dies sind nur einige aktuelle Themen, die Kommunen vor Herausforderungen stellen und neue und innovative Lösungen erfordern. Welche Chancen bietet eine Beteiligung an Förderprogrammen wie “Bildungskommunen”?*

Die genannten Themen können Ausgangspunkt sein, weitreichende Veränderungen in der Bildungslandschaft umzusetzen. Unser neues Programm „Bildungskommunen“ bietet Kommunen die Möglichkeit, wichtige Innovationen in ihrer Bildungslandschaft anzustoßen. Mithilfe des Programms können sie Bildungsangebote vor Ort und im digitalen Raum besser steuern und an die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger anpassen. Die geförderten Städte und Landkreise schaffen strukturelle Voraussetzungen, um auf zukünftige Anforderungen mit mehr Flexibilität und Handlungskompetenz reagieren zu können. Die Förderung erlaubt es den „Bildungskommunen“, Themen und Herausforderungen im Bildungsbereich anzugehen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

2. *Was ist das Besondere am aktuellen ESF-Plus-Programm „Bildungskommunen“ für die Weiterentwicklung kommunaler Bildungslandschaften? Welche drei Punkte können hier besonders hervorgehoben werden?*

Das Besondere am Förderprogramm ist, dass es genau dort ansetzt, wo die jeweilige Kommune gerade steht - unabhängig davon, ob schon Erfahrungen mit einer ressortübergreifenden und datenbasierten Bildungssteuerung vorliegen oder nicht. Alle Kreise und kreisfreien Städte stehen gleichermaßen vor der Herausforderung, ihre Bildungslandschaften zukunftsfähig zu gestalten, denn:

1. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Mit den „Bildungskommunen“ unterstützen wir Kommunen dabei, Strukturen auf- und auszubauen, in denen Zusammenarbeit gelingen kann. Das ist eine wichtige Grundlage für Handlungsfähigkeit, gerade auch in Krisen. Besonders die Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der formalen, informellen und non-formalen Bildung vor Ort birgt meines Erachtens großes Potenzial, um attraktive Bildungsangebo-

Im Januar 2015 wurde die BMBF-Förderrichtlinie „Bildung integriert“ veröffentlicht. Sie ermöglichte Kreisen und kreisfreien Städten in ganz Deutschland ein datenbasiertes Bildungsmanagement mit integrierter Bildungsberichterstattung aufzubauen. In NRW beteiligten sich in der ersten Förderphase 18, in der zweiten Förderphase 16 Kommunen an dem Auf- und Ausbau des DKBMs. Was wurde in dieser Zeit erreicht und in den Kommunen umgesetzt? Die Transferagentur NRW fragte nach.

SCAN ME

Scannen Sie den QR-Code und lesen Sie unsere Kommunen-Reports.

BILDUNGS-KOMMUNEN

te für alle Altersgruppen auf die Beine zu stellen.

2. Digitalität prägt maßgeblich weite Teile unseres Alltags. Wenn sich Kommunen strategisch mit den Chancen und Grenzen der Digitalisierung in der Bildung auseinandersetzen, bedeutet das einen großen Zugewinn für den Zugang und die Vielfalt an Angeboten sowie für das selbstgesteuerte Lernen.

3. Datenbasierung ist weiterhin ein zentraler Baustein. Denn mit Hilfe von Fakten kann über die Stärken der Bildungslandschaft wie auch über ihre Schwachstellen informiert, diskutiert und gehandelt werden. Hierbei lohnt sich insbesondere der kleinteilige Blick auf einzelne Gemeinden, Stadtteile und weitere Sozialräume, um nicht Gefahr zu laufen, nach dem „Prinzip Gießkanne“ an den wirklichen Bedarfen vorbei zu planen. Nur auf Grundlage verlässlicher Daten können Verwaltung und Politik, Bildungsakteurinnen und -akteure, Bürgerinnen und Bürger vor Ort so informiert werden, dass rationale Diskurse geführt und angemessene Steuerungsentscheidungen getroffen werden.

3. *Ein kurzer Blick in die Zukunft: Es ist das Jahr 2035. Wie kann die Bildungskommune der Zukunft aussehen und welche Weichen wurden hierfür 2022 in der Kommunalverwaltung gestellt?*

Wir leben in herausfordernden Zeiten, die von Umbrüchen gekennzeichnet sind und einem rasanten, auch durch die Digitalisierung getriebenen, Wandel. Prognosen sind also schwierig. Ich denke, dass die Erhaltung von Demokratie und Wohlstand angesichts von demographischem Wandel, globalen Spannungen und zunehmendem Klimawandel zentrale Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts sein werden, die auch auf der kommunalen Ebene bearbeitet werden müssen.

Für die kommunale Bildungssteuerung werden daher Strategien, Strukturen und Prozesse immer bedeutsamer, die einerseits kurzfristige Reaktionen auf aktuelle Herausforderungen, gleichzeitig aber auch die Bewältigung von Daueraufgaben ermöglichen. Für eine solche proaktive Gestaltung von Bildungsaufgaben bedarf es der Zusammenarbeit auf allen Ebenen: Nicht nur zwischen Bund, Ländern und Kommunen, sondern – auf kommunaler Ebene – auch zwischen den verschiedenen Ressorts der Verwaltung und externen Bildungsakteurinnen und -akteuren. Ich sehe insbesondere die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft als große Chance. Damit meine ich genauso Stiftungen wie auch kleine lokale Vereine und NGOs mit ihren vielen ehrenamtlich Engagierten.

Wichtig ist in den Kommunen die Erarbeitung von Bildungsleitbildern. Genau hier können bereits heute die Segel gesetzt werden, sodass im Jahr 2035 starke Verantwortungsgemeinschaften gemeinsam ihre innovativen und chancengerechteren Bildungskommunen gestalten, in denen das Zusammenspiel zwischen Bildung vor Ort und im digitalen Raum selbstverständlich ist.

4. *Die Transferagenturen begleiten seit 2014 die Kommunen bei der Gestaltung von kommunalen Bildungslandschaften. Welche Rolle können und sollen die Transferagenturen aus Ihrer Sicht zukünftig einnehmen?*

Durch die Beratungs- und Begleitungsstruktur der Transferinitiative werden die Kommunen sowohl bei der Etablierung als auch bei der Weiterentwicklung ihres DKBM unterstützt. Hierfür haben wir nicht zuletzt die laufende Förderung der Transferagenturen um ein weiteres Jahr bis Anfang 2024 verlängert. Mit Blick auf die thematischen Schwerpunktsetzungen und die Anforderungen an analog-digital vernetzte Bildungslandschaften entwickelt sich auch die Beratungsleistung der Transferinitiative weiter. Im Fokus stehen die Bedarfe und Anforderungen der Kommunen, die sich am Programm „Bildungskommunen“ beteiligen.

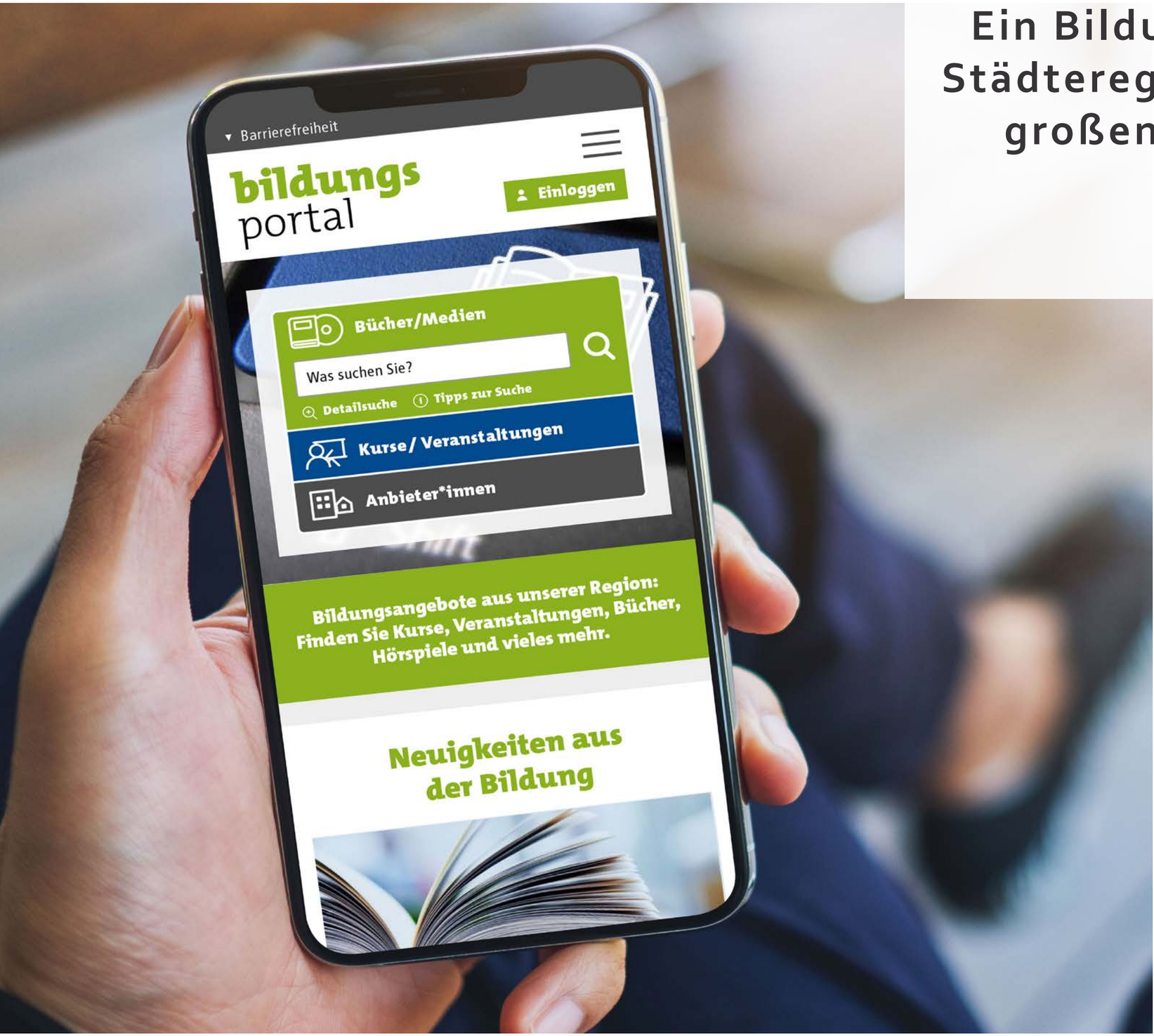
Das Gespräch führte Dr. Mario Roland, Transferagentur NRW

Sie möchten Bildungskommune werden?

Das zunächst auf vier Jahre angelegte ESF-Plus-Programm „Bildungskommunen“ unterstützt Kreise und kreisfreie Städte bei der datenbasierten Weiterentwicklung ihrer Bildungslandschaft und der Bewältigung wichtiger Herausforderungen im Bildungsbereich.

Sie können die Förderrichtlinie auf der Seite der Transferinitiative herunterladen. Dort finden Sie zudem eine Zusammenstellung zentraler Fragen und Antworten sowie einen Erklärfilm zu den Mehrwerten des Programms.

Weitere Informationen auf den Seiten der Transferinitiative: https://t1p.de/bildungskommune sowie auf den Seiten der Transferagentur NRW: www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de/bildungskommunen



Ein Bildungsportal für alle – Die Städteregion Aachen schreitet mit großen Schritten ins digitale Zeitalter voran

Von Helena Baldina

Während es in der Bundesrepublik im ersten Lockdown im März 2020 ungewöhnlich still war, wurde in der Digitalen Modellregion Aachen der Startschuss für das Projekt Aachener Bildungsportal gegeben. Die ersten zwei Jahre sind – wie in so vielen Projekten, Arbeits- und Lebensbereichen dieser Zeit – zwar durch Unterbrechungen und Neujustierung gekennzeichnet. Aber im Großen und Ganzen waren die Einschränkungen im Rückblick ein Beschleuniger für die Digitalisierung des Bildungsbereichs. Ein „Treiber“, so Susanne Schwier, Dezernentin für Bildung, Jugend und Kultur der Stadt Aachen. Eine „Geburtshelferin“ in den Augen von Dr. Beate Blüggel, Direktorin der vhs Aachen, weil viele Menschen während der Pandemie gelernt hätten mit digitalen Medien umzugehen.

Die beiden gehören zu den Initiator*innen des Projekts. Sie waren bereits vor drei Jahren beim ersten Brainstorming für das Bildungsportal dabei. Gemeinsam mit Bildungsvertreter*innen der Stadt und der StädteRegion Aachen und dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Marcel Philipp, entwickelten sie einen Kriterienkatalog, der die Anforderungen an das neue Portal formulierte.

Neben Partizipation und Barrierefreiheit sollen unter anderem auch Werbefreiheit und die Verknüpfung unterschiedlicher Bildungseinrichtungen bei der Gestaltung des Portals eine wichtige Rolle spielen. Mit der Anerkennung durch die Förderung im Programm „Digitale Modellregionen NRW“ des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) erhält das Vorhaben schließlich seinen finanziellen und zeitlichen Rahmen und wird in der vhs Aachen verortet. Um das Projekt auch auf andere Kommunen übertragen zu können, soll das Portal „Open Source“ geplant werden. Das heißt, dass der Quellcode öffentlich von Dritten eingesehen und so auch in Teilen auf andere Städte und Gemeinden übertragen werden kann.

Kerstin Groß, die bereits langjährige Erfahrungen im Projektmanagement hat, widmete sich im ersten Jahr akribisch der Konzeption des Bildungsportals. Sie schaute sich die Funktionsweisen von unterschiedlichen Veranstaltungs- und Literaturdatenbanken an, führte Bedarfserhebungen bei verschiedenen Zielgruppen durch und baute sukzessive ein Expert*innennetzwerk aus unterschiedlichsten Professionen auf. Neben datenbankerfahrenen IT-Dienstleister*innen und am Förderprogramm beteiligten Projektpartner*innen wie der Stadtbibliothek Aachen suchte sie auch immer wieder den Erfahrungsaustausch mit Anbieter*innen anderer Vergleichsplattformen und kooperierte eng mit verschiedenen Expert*innen für Barrierefreiheit. Anhand von Interviews

Im Gespräch über das Ende des Jahres startende neue Bildungsportal: v. l. n. r. Dr. Beate Blüggel, Susanne Schwier und Kerstin Groß

ermittelte sie die Bedarfe sowohl von Bildungsanbieter*innen als auch von zukünftigen Nutzer*innen. Keine leichte Aufgabe, denn die Einschränkungen durch den Lockdown führten dazu, dass vielfach nur telefonische Einzelinterviews geführt werden konnten, um insbesondere vulnerable Personen nicht zu gefährden. Dennoch gelang es ihr mit Hilfe eines iterativen Verfahrens kontinuierlich zu überprüfen, ob die Ergebnisse der Bedarfsanalyse im sogenannten Backend des Portals kompatibel, funktionsfähig und nutzer*innenfreundlich umgesetzt sind. Immer wieder glich sie Bedarf und Nutzen ab, um im Herbst 2021 schließlich auch das Frontend technisch umzusetzen und ein userfreundliches Interface entstehen zu lassen. „Das Portal aufzubauen, war ein bisschen, wie eine Bibliothek aufzubauen. Von außen kommen Bücher rein und man muss immer wieder definieren: Welche Themen gibt es, wo kommen die hin, welches Buch gehört zu uns, welches Buch gehört nicht zu uns, wo ordnet man es ein. Und wie gestaltet man den Weg für die Besucher*innen, damit sie auch dorthin finden und dann auch an der richtigen Stelle das entdecken, was sie suchen“, fasst die Projektleiterin die Arbeit am Portal zusammen. Und die Assoziation liegt nahe. Denn ein zentraler Baustein des Portals ist, dass hier Veranstaltungen und Bibliotheken zusammengebracht werden. Sucht man beispielsweise einen Sprachkurs werden gleichzeitig auch Vorschläge zu Hör- oder Lesebüchern zum Erlernen der entsprechenden Sprache in den umliegenden Bibliotheken gelistet.

> *„Das Portal aufzubauen, war ein bisschen, wie eine Bibliothek aufzubauen.“*
>
> Kerstin Groß

Zusätzlich zum Aufbau des Portals fließen die Entwicklungsergebnisse in die Einrichtung eines barrierefreien Terminals mit ein.

Backend, Frontend, Interface und Rollout: Was ist das?

Die Begrifft Backend und Frontend stammen aus der Informationstechnik und übersetzt Unter- und Vorbau. Mit dem Backend wird der funktionale Teil eines digitalen Produkts wie bspw. von Webseiten, Apps oder auch (Bildungs-)Portalen bezeichnet. Hier werden (Vor-)Einstellungen vorgenommen, Schnittstellen gepflegt oder Datenbanken hinterlegt. Das Backend ist näher am System, so arbeiten Programmierer*innen etwa im Backend und Webdesigner*inne im Frontend. Das Frontend ist somit die Oberfläche, welche auch für Benutzer*innen sichtbar ist und einen benutzer*innnfreundlichen Zugriff auf Daten und Prozesse ermöglicht.

Mit dem sogenannten Interface – auch Schnittstelle genannt- wird eine Übergangsstelle zwischen verschiedenen Komponenten von IT-Systemen verstanden, die einen Datenaustausch oder die Datenverarbeitung ermöglicht.

Unter Rollout versteht man die Veröffentlichung, Verteilung und/oder (Markt-)Einführung von neuen unter anderem Softwareprodukten und ihre Integration in bereits bestehende Systeme.

Dieser soll – so die Idee – den Digital Gap verringern: Denn nicht alle Menschen, die ein mobiles Endgerät besitzen, können auch eigenständig damit umgehen oder haben dauerhaften Zugang zum Internet. Im Eingangsbereich der vhs Aachen, wo der erste Terminal stehen soll, ist bereits ein Behindertenleitsystem installiert worden. Bei Bedarf kann der Terminal in Zukunft innerhalb der Öffnungszeiten auch mit einer persönlichen Betreuung genutzt werden. Daneben verringern Funktionen wie Mouse-Over-Erläuterungen, Umschaltmöglichkeiten zu Einfacher und Leichter Sprache, Mehrsprachigkeit oder auch Gebärdensprache die Barrieren zu Portal und Terminal und können so von mehr Menschen in Anspruch genommen werden. Nicht zuletzt haben auch kleinere Anbieter*innen von Bildungsangeboten, die sich beispielsweise keine eigene Homepage leisten können, nun die Möglichkeit ihre Angebote über das Portal zu listen.

Die Tage von einstigen Bergen von Papierbroschüren und Veranstaltungsheften scheinen in Aachen der Vergangenheit anzugehören. Auch wenn Direktorin Dr. Beate Blüggel hierin keine Ablösung des einen Systems durch das andere sieht, sondern eine Ergänzung, um Menschen auf unterschiedlichen Wegen zu erreichen. Dass aber an der Digitalisierung im Bildungsbereich kein Weg vorbeiführt, ist für Bildungsdezernentin Susanne Schwier ganz selbstverständlich. Genau wie viele andere kommunale Dienstleistungen sollen aus ihrer Sicht alle Aachener*innen die Möglichkeit haben auch Bildungsangebote digital einsehen können. Denn das Portal „macht ja auch neugierig, es ist ein Lerntreiber, ein Bildungstreiber“, so Susanne Schwier. Damit das Projekt auch über die erste Förderphase hinaus weitergeführt werden kann, werden derzeit Haushaltsgespräche geführt und Kerstin Groß, die seit diesem Jahr durch eine weitere Kollegin unterstützt wird, führt in den kommenden Monaten noch die letzten Tests durch. Ende des Jahres, so der Plan, soll der sogenannte Rollout des Bildungsportals erfolgen und allen Bürger*innen der Städteregion Aachen den Zugriff auf die vielfältigen Bildungsangebote ihrer Region ermöglichen.

Perspektivwechsel: Mit Service Design anwenderfreundliche Dienstleistungen und Prozesse schaffen

Audio-Interview mit Elisabeth Fried

Bildungsportale gehören in den Bereich der sogenannten Bürger*innendienste. Um diese bestmöglich zu gestalten, stehen am Beginn eines solchen Prozesses weitreichende theoretische und methodische Überlegungen. Hören Sie in unserem **Audio-Interview** mit der **Servicedesignerin Elisabeth Fried** wie Bürger*innendienste gestaltet werden können, um Zugänge zu erleichtern und wie Beteiligung in der Verwaltung gelingen kann.

SCAN ME

Impressum

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement NRW
Institut für soziale Arbeit e. V.
Friesenring 40
48147 Münster

E-Mail: info@transferagentur-nordrhein-westfalen.de
> www.transferagentur-nordrhein-westfalen.de

V.i.S.d.P.
Dr. Mario Roland

Redaktion
Helena Baldina
Saskia van den Berg

Layout
Saskia van den Berg

2022 Institut für soziale Arbeit e. V.

Bildnachweise & Grafiken
Titel: Schreibtisch Foto erstellt von freepik - de.freepik.com
S. 6: Imagination Foto erstellt von freepik
S. 17: Positiv Vektor erstellt von storyset - de.freepik.com
S. 20-24: Designed by rawpixel.com / Freepik
S. 25/27: Designed by pch.vector / Freepik
S. 30/31: Designed by rawpixel.com / Freepik
S. 33/34-35: Designed by pch.vector / Freepik, Designed by rawpixel.com / Freepik

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

ISA